

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 210.

Dienstag, den 8. September 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Reichs-Unterbilanz.

Die Defizitwirtschaft des Deutschen Reiches nimmt einen immer gefährlicheren Charakter an. Die dieser Tage veröffentlichte Schlussrechnung der Reichshauptkasse schließt für das vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 reichende Finanzjahr 1907 abermals mit einer Unterbilanz von 13,8 Millionen Mark, zu denen noch die schon im Etat enthaltenen rund 89 Millionen Mark an ungedeckten Matrikularbeiträgen hinzukommen, so daß sich der eigentliche Fehlbetrag auf nahezu 103 Millionen Mark stellt.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ haben in einer offiziellen Notiz dieses glänzende Ergebnis der Reichsfinanzverwaltung damit zu entschuldigen versucht, daß sie ausführten, einerseits hätte der Rückgang der wirtschaftlichen Konjunktur eine Verminderung der Reichseinnahmen, besonders der Einnahmen aus den Betriebsverwaltungen des Reichs bewirkt, und andererseits wäre der Ausgabeetat dadurch in einem bei der Etatsaufstellung nicht vorausgesehenen Maße angeschwollen, daß die Reichsverwaltung infolge der allgemeinen Preissteigerung für verschiedene von den einzelnen Ressorts bezogene Waren beträchtlich höhere Summen gebraucht hätte.

Die letzte Entschuldigung mag zum Teil gelten; denn die von der Regierung im Interesse der Land- und Schlottmagnaten durchgeführte Zolltarifreform hat tatsächlich eine derartige Preissteigerung hervorgerufen, daß einzelne Verwaltungsressorts des Reiches, zum Beispiel die Heeres- und Marineverwaltung, für die Naturalverpflegung und Ausrüstung der Mannschaften größere Beträge haben ausgeben müssen, als in dem Etatsvoranschlag für das Finanzjahr 1907 angesetzt worden waren. Die neue Zollgesetzgebung des Jahres 1902 schädigt aber nicht nur insofern die ärmeren Volksschichten, als sie ihnen die täglichen Lebens- und Gebrauchsmittel verteuert, sondern auch dadurch, daß sie die Reichsverwaltung zu höheren Ausgaben für die Naturalverpflegung der Truppen sowie für Bekleidung, Waffen, Kriegsschiffe, Befestigungen usw. zwingt und sie auf diese Weise dazu treibt, um die Mehrausgaben auszugleichen, wiederum neue Steuern zu fordern.

Indes erklärt sich aus dieser Steigerung der Warenpreise doch immerhin nur ein Teil der sich insgesamt auf mehr als 33 Millionen Mark belaufenden Mehrausgaben des letzten Finanzjahres. Der größte Teil der Ausgabenvermehrung ist vielmehr dadurch entstanden, daß die Reichsverwaltung ohne Rücksichtnahme auf die herrschende Wirtschaftskrise drausloswirtschaftet und sich nicht den geringsten Sparzwang auferlegt, da sie weiß, für alle Etatsüberschreitungen nachträglich beim Reichstage die verlangte Genehmigung zu finden. Von den rund 10 Millionen Mark, welche die Heeresverwaltung, und von den 5 Millionen Mark, welche die Marineverwaltung mehr verbraucht hat, als im Etatsvoranschlag bewilligt worden sind, entfällt nur ein Teil auf die höheren Kosten der Naturalverpflegung und Ausrüstung; der andere Teil ist für erhöhte Garnison-Verwaltungskosten, Servisgebühren, Reisebilanzen, Umzugsvergütungen usw. draufgegangen. Nur bei einer Ausgabe hat das Reichschazamt zu sparen verstanden: es hat bei den sogenannten Beihilfen an die alten Veteranen, den Teilnehmern der letzten Feldzüge, 565 000 Mark gespart. Es hat also gerade dort geknappt, wo es am wenigsten angebracht erscheint. Aber dieser Art ist nun einmal die Sparjamkeit unserer Reichsregierung. Wenn sie sich geneigt findet, Sparmaßregeln zu ergreifen, wälzen sie auf die Arbeiter, die hohen Entlastungen für Generale und Diplomaten, sondern sie reduziert die Löhne der in fiskalischen Betrieben beschäftigten Arbeiter oder sie knappt etwas von den Veteranenbeihilfen und Dienstentschädigungen der Unterbeamten ab.

Außer Heer und Marine hat das Auswärtige Amt beinahe 2 Millionen mehr verbraucht. Davon entfallen 552 000 Mk. auf die Gesandtschaften usw. — nicht zuviel, wenn man bedenkt, was auch im letzten Jahre unser diplomatischer Dienst wieder nicht geleistet hat; ferner 275 000 Mark Entschädigung für die durch die Kämpfe in Casablanca (Marokko) geschädigten Deutschen.

Verhältnismäßig sparsam hat dagegen das Reichskolonialamt gewirtschaftet; es hat nur 146 000 Mk. mehr verwandt, als im Etatsvoranschlag angesetzt stehen. Leider nur ist diese Ersparnis zweifelhafter Natur. Sie ist nämlich lediglich dadurch erreicht, daß Verneburg seine sämtlichen Kolonialsanierungs- und Verbesserungspläne vorläufig zurückstellen mußte. Aber aufgeschoben ist nicht auf-

gehoben. In den nächsten Jahren wird das Veräumte nachgeholt werden — und damit werden sich auch in diesem Ressort die sogenannten „unvorhergesehenen“ Defizite einstellen.

Eine weitere Mehrausgabe hat sich die Reichsschuldenverwaltung geleistet. Zur Verzinsung der konsolidierten Reichsanleihe hat sie 311 000 Mark und zur Verzinsung der Mittel, die zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse bestimmt waren, 10 670 000 Mark mehr aufgewendet, als veranschlagt waren; wogegen sich die Verzinsung der zur Deckung einmaliger Ausgaben bestimmten schwebenden Schuld und des sonstigen Anleihebedarfs um 271 000 Mk. niedriger gestellt hat.

Die Behauptung der „Berl. Pol. Nachr.“, die gestiegenen Warenpreise hätten so hohe Mehrausgaben erfordert, trifft also nur zum kleineren Teil zu. Und noch weniger Anspruch auf Beachtung hat ihre Entschuldigung, die schlechte wirtschaftliche Konjunktur hätte auf die Einnahmen gedrückt. Die Zölle allein haben dem Reichsjäckel 44 400 000 Mk. mehr eingebracht, als man erwartet hat; und außerdem haben nachfolgende Steuern ansehnliche Mehrerträge gebracht: die Branntweinverbrauchsabgabe (6,4 Millionen Mark), die Zigarettensteuer (1,2 Millionen), die Salzsteuer (1,5 Millionen), die Biersteuer (2 Millionen), die Wechselstempelsteuer (2,9 Millionen), der Frachtkundenstempel (2 Millionen).

Die Mindereinnahmen finden wir nicht bei den Erträgen der Zölle und der Verbrauchssteuern, die doch am engsten mit der wirtschaftlichen Konjunktur zusammenhängen, sondern bei jenen Steuern, die vornehmlich von dem begüterten Teile der Bevölkerung getragen werden und deren Eigenart es den zur Zahlung Verpflichteten ermöglicht, den Staat um einen Teil der Steuer zu prellen. So hat zum Beispiel die Börsensteuer 13,5 Millionen Mark, die Erbschaftsteuer 9,7 Millionen Mark, die Landsteuernsteuer 5,6 Millionen Mark, die Automobilsteuern 3,4 Millionen Mark weniger eingebracht, als dafür im Etatsvoranschlag angesetzt worden sind. Und zu diesem kommt noch der Ausfall bei der Fahrkartensteuer um 11,2 Millionen Mark.

Ferner bleibt der Ertrag aus der Reichseisenbahnverwaltung um 3,3 Millionen Mark hinter dem Anschlage zurück und die Reichspost hat gar um 24½ Millionen Mark weniger in den Reichsjäckel abgeliefert, als sie nach dem Voranschlag sollte. Aber nicht, weil sich die Masse der aufgegebenen Sendungen verringert hat, sondern weil unter Kraetkes genialer Leitung der Ineffizientismus im Postwesen immer mehr um sich greift. Umter für Postassessoren und Postresendare geschaffen und für Arbeiten, die jeder gewandte Postassistent und Postsekretär machen könnte, hochbezahlte studierte Funktionäre angestellt werden. Arbeitet die Reichspostverwaltung in dieser Weise weiter, dann ist es nicht ausgeschlossen, daß nach Durchführung der beabsichtigten Gehaltsaufbesserung die Post nicht nur keine Überschüsse mehr abwirft, sondern auch noch Zuschüsse aus dem Reichsgeldbeutel verlangt.

Jedoch das schönste Ergebnis liefert die Brennsteuer. Sie hat an die Reichshauptkasse nicht nur keine Einnahme geliefert, sondern die Reichskasse sieht sich sogar gezwungen, noch 2,6 Mill. Mark zuzuschießen, damit die Spiritusbrenner und Exporteure die ihnen gesetzlich zustehende Ausfuhrvergütung erhalten. Neben der sogenannten Liebesgabe von ca. 45 Mill. Mark, die dadurch entfällt, daß die Brenner für ein „bevorzugtes Kontingent“ von Trinkbranntwein nur 50 Mk. Steuer pro Hektoliter bezahlen, während der tatsächliche Steuerausschlag 70 Mk. beträgt, erhalten sie nämlich noch dadurch eine besondere zweite Liebesgabe, daß die Ausfuhrvergütung für Branntwein sich höher stellt, als die von den Brennern eingeforderte Brennsteuer. Das hat die Brenner zur Forcierung der Ausfuhr bestimmt, so daß heute die Regierung mehr an Vergütung zu zahlen hat, als sie an Brennsteuer erhält. Der Erfolg der Steuer ist also, daß den Konsumenten der Branntwein verteuert wird, die Regierung aber dadurch keine Steuereinnahme erhält, sondern im Gegenteil noch 2,6 Millionen Mark draufzahlt. Den ganzen Vorteil haben lediglich die Brenner. Ein prachtvolles Stück preußisch-deutscher Agrargesetzgebung.

Kein Wunder, daß bei dieser Methode das Reichschazamt sich genötigt sieht, alle zwei, drei Jahre eine neue Reichsfinanzreform vorzunehmen. Nachdem erst vor zwei Jahren eine Reihe neuer Steuern mit einem veranschlagten Jahresbetrag von zirka 180 Millionen Mark vom Reichstage bewilligt sind, wird jetzt bereits eine weitere Vermehrung der Steuerlast um 4,6 Millionen Mark pro Jahr verlangt. Auch die Erhöhung wird nicht lange reichen, denn außer beträchtlichen Ausgaben für die Kolonien werden große Neuformationen der Armee geplant. Schon

nach einigen Jahren muß also notgedrungen auf neue „fantasiert“ werden. So geht es immer weiter hinein in den Sumpf!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Reformprojekt für die Arbeiterversicherung.

Das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“, das bereits vor einiger Zeit Nachrichten über die Pläne der Regierung brachte, teilt nunmehr die „Grundzüge für die Abänderung der Organisation des Verfahrens und des Instanzenzuges in Arbeiterversicherungssachen“ in detailliertem Auszug bezw. im Wortlaut mit.

Danach sollen die vorhandenen Arten der Krankenkassen, die sich bewährt haben und in den Rahmen der neuen Organisation hineinpassen, zwar beibehalten werden, dafür soll die als notwendig erscheinende Zentralisation einmal durch weitgehende Erleichterung und Förderung der freiwilligen Verschmelzung mehrerer Einzelkassen und sodann durch die allgemeine gesetzliche Einführung des Zusammenschlusses sämtlicher Kassen eines Bezirkes zu einem Verbandsverbande erreicht werden. Dementsprechend bleiben neben den Ortskrankenkassen die besonderen Kassenarten des Krankenversicherungsgesetzes: Betriebs-, Bau-, Innungs- sowie Knappschaftskassen nach wie vor zugelassen. Statt der Gemeinde-Krankenversicherung soll eine Land-Krankenversicherung Platz greifen. Die Kassenleistungen hinsichtlich der Unterstützung sollen gleichwertig sein und gleichgestellt werden. Für die Ortskrankenkassen, deren Zusammenschluß veranlaßt werden soll, ist grundsätzlich der Abgrenzung nach Bezirken der Vorzug vor der bisherigen, überwiegend beruflichen Gliederung zu geben. Landarbeiter werden, wo keine Landkrankenkasse errichtet wird, der allgemeinen Ortskrankenkasse zugewiesen.

Betreffs der inneren Organisation soll bestimmt werden, daß die Beiträge von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Hälfte geleistet werden. Trotzdem haben die Arbeiter bei der Beschlußfassung über Krankenunterstützung und Beiträge zwei Drittel der Stimmen. Den Vorsitz führt ein unparteiischer Kommunalbeamter, dessen Bestellung dem Kommunalverbande übertragen wird. Er gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Bei den Landkrankenkassen werden die Geschäfte des Vorstandes in der Regel vom Vorsitzenden allein wahrgenommen. Seine Wahl erfolgt durch den Kreistag.

Die sämtlichen Krankenkassen der verschiedenen Arten innerhalb des Bezirkes jeder unteren Verwaltungsbehörde bilden zusammen kraft Gesetzes einen **Kassenverband**. Diesem liegt zunächst als solchem die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben ob, die alle ihm angehörenden Kassen gemeinsam berühren. Er dient aber zugleich als die Grundlage derjenigen Stelle, die das verbindende örtliche Glied für alle Zweige der Arbeiterversicherung darstellt. Diese Stelle vereinigt in sich die Funktionen eines gemeinsamen Unterbaues der Unfallversicherung, der Invalidenversicherung und der Hinterbliebenenversicherung, der Aufsichtsbehörden der Krankenkassen sowie der regelmäßigen Spruch- und Beschlußbehörde erster Instanz in den Streitigkeiten aus dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung. Aberdies übernimmt sie im allgemeinen diejenigen ferneren Obliegenheiten, die nach der geltenden Gesetzgebung Sache der unteren Verwaltungsbehörden und sonstiger örtlicher Behörden sind. Für den geschäftsführenden Beamten wird der Besitz der Fähigkeit zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst nicht erforderlich. Dieser Beamte wird ebenso wie das Hilfspersonal vom Kommunalverband bestellt. Die örtliche Stelle soll **Versicherungsausschuss** heißen. Der geschäftsführende Beamte Versicherungsausschusses heißt. Zur Befehung der Spruchauschüsse wird die gleiche Zahl von Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten gewählt. Die Wahl erfolgt im wesentlichen in derselben Weise, wie es zurzeit in Sachen der Invalidenversicherung mit den Vertretern der beiden Gruppen bei den unteren Verwaltungsbehörden der Fall ist, und zwar erfolgt sie durch die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen, wobei wie bisher die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten ihre Vertreter je gesondert wählen, während der unparteiische Vorsitzende ein Stimmrecht nicht ausübt.

Die weiteren Instanzen sollen rein staatliche Behörden und ihre Beamten durchweg staatliche Beamte werden. Sie bestehen aus dem **Oberversicherungsamt**, das aus den jetzigen Schiedsgerichten gebildet wird, und dem **Reichsversicherungsausschuss**.

Offenbar handelt es sich hier noch um keinen ausgearbeiteten festen Gesetzentwurf, sondern nur um die vor-

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg vor einigen Monaten im Reichstage angekündigten Vorschläge, zu denen die Bundesregierungen erst Stellung zu nehmen haben.

Die Einberufung des Reichstages.

Durch kaiserliche Verordnung vom 4. Mai ist der Reichstag mit seiner Zustimmung am 7. Mai bis zum 20. Oktober vertagt worden. An welchem Tage der Reichstag seine Sitzungen wieder aufnehmen wird, ist bisher noch nicht bestimmt worden. Keinesfalls wird dies am 2. November der Fall sein, da dieser Tag auf einen Montag fällt, und der Reichstag niemals an einem Tage nach einem Sonn- oder Feiertage zusammenzutreten pflegt. Tag und Tagesordnung für den Wiederzusammentritt des Reichstages werden erst im Laufe des nächsten Monats vom Präsidenten des Reichstages, der hierzu vom Reichstage die Ermächtigung erbeten und erhalten hat, bestimmt festgesetzt werden.

Freisinnige gegen freisinnige Konsumvereine.

Die Stadtverordnetenversammlung in Gölitz beschloß im Februar d. Js. die Einführung einer Sondergewerbesteuer, von der alle Gewerbe betroffen werden sollten, die durch Handel von Waren einen Jahresumsatz von 300 000 Mk. erzielen. Diese Steuer fand aber nicht die Genehmigung des zuständigen Ministers, in der Hauptsache deshalb nicht, weil auch die Bankgeschäfte davon getroffen werden sollten. Der Magistrat hat daraufhin den Steuerentwurf dementsprechend abgeändert und nochmals den Stadtverordneten zur Beschlußfassung vorgelegt. In der letzten Stadtverordnetenversammlung gelangte der abgeänderte Steuerentwurf zur Annahme. Die Steuer richtet sich hauptsächlich gegen den unter freisinniger Leitung stehenden Konsumverein und einen Wareneinkaufverein (Aktiengesellschaft), weil durch beide Unternehmen angeblich der Mittelstand geschädigt wird. Auch ein Teil der freisinnigen Stadtverordneten stimmte für die Steuer!!

Unruhen in den Kolonien.

Unter den Eingeborenen von Ponape im deutschen Schutzgebiete der Karolinen sind, wie aus Sidney berichtet wird, ernste Unruhen ausgebrochen, bei denen viel Blut geflossen sein soll. Die Nachricht ist durch den Lloyd-Dampfer „Prinz Sigismund“ nach Sidney überbracht worden. Der Dampfer meldet ferner, daß keinerlei Empörung gegen die Regierung vorliege. Gouverneur Dr. Hahl charterte einen Dampfer, der hundert Polizeisoldaten nach Ponape befördern soll, während er selbst auf dem von Yap zurückberufenen Regierungsdampfer „Seefern“ folgen will. Eine Gefährdung der auf Ponape weilenden Europäer erscheint ausgeschlossen. Es wird baldige Wiederherstellung der Ruhe erwartet.

Auch auf dem britischen Teil der Salomon-Inseln scheinen Unruhen ausgebrochen zu sein. Der englische Kreuzer „Cambrian“ wurde dorthin entsandt, um verschiedene an Kaufleuten verübten Morde zu rächen. Die Eingeborenen haben sich von der Küste zurückgezogen.

Die Nachricht über die Unruhen auf den Karolinen ist offenbar absichtlich gefärbt und dadurch sehr widersprüchlich und unklar geworden. Gegen wen sollen sich denn die Unruhen richten, wenn nicht gegen die deutsche Verwaltung und weshalb da die Schiffsladung Polizeisoldaten, die unter Leitung des deutschen Gouverneurs dorthin abgeht?

Nähere und unverfälschte Aufklärung tut sehr not.

Schießfreiheit der russischen Polizisten im ober-schlesischen Grenzgebiet?

Die Grenzüberstreichungen der russischen Grenztruppen am ober-schlesischen Industriegebiet gehören zu den allgem. regelmäßig sich wiederholenden Erscheinungen des Industriebezirks. Gewöhnlich geht es so zu: In dunkler Nacht — mitunter auch am hellen Tage — bemerken die russischen Grenztruppen Flüchtlinge oder Schmuggler, die auf preussisches Gebiet übergehen. Sie laufen ihnen nach und schießen, selbst wenn die Flüchtenden schon auf preussischem Gebiet sind. In den ober-schlesischen Grenzdistrikten kann man an den Bäumen zahlreiche Spuren der russischen Gewehrpatronen sehen. Nach der unzulässigen Schießerei tritt eine deutsch-russische Untersuchungskommission zusammen, „prüft“ den Tatbestand, legt ein Protokoll auf, wobei die Vertreter der russischen Behörde stets die Verjährung der „schuldigen“ Schützen zusagt, wotaus folgt, daß man nach wenigen Tagen von einer neuen Schießerei hört!

Das und — wie gesagt — alltägliche Dinge; die deutsche Diplomatie scheint ja diesen Grenzschießereien gegenüber machtlos zu sein.

Aus guter Quelle, aus russischen Grenzpolizeikreisen, erhalten wir aber jetzt eine Mitteilung, die — wenn sie zutrifft — alles Bisherige weit übertrifft. An der Grenze bestehen beiderseits sogenannte Auswechsellagerungskommissionen, deren Aufgabe der gegenseitige Austausch der Ausgewiesenen, Ausgelieferten, „nach dem Heimland Abgeschobenen“ und dergleichen ist. Dabei sieht man in Katowitz oft russische Polizisten, welche deutsche Staatsangehörige, die den preussischen Behörden übergeben werden, nach Katowitz transportieren und dem Katowitzer Auswechsellagerungskommissionat überliefern.

Nun soll diesen russischen Polizisten seitens der preussischen Behörden die Befugnis erteilt worden sein, auch auf preussischem Terrain die Waffen zu tragen und sie gegebenenfalls auch auf preussischem Staatsgebiet gegenüber etwa fliehenden Gefangenen, die sie transportieren, anzuwenden.

Das preussische Polizeiministerium wird nicht umhin können, genaueste Aufklärung über die Verordnungen, die in dieser Beziehung bestehen, in der weitesten Öffentlichkeit zu geben.

Bewerkt sei noch folgendes: Die russischen Grenzpolizeibeamten spotten geradezu darüber, wie systematisch und rasch die preussischen Behörden den russischen alle gebotenen Auskünfte geben, während man von der anderen Seite die Pflichten der internationalen Polizeisolidarität viel leichter nimmt!

Der Mann mit der Cousine.

Wie bereits mitgeteilt, ist Herr Sesko v. Puttkamer, dem Gouverneur z. D., die nachgelagerte Ver-

setzung in den Ruhestand bewilligt worden. Das heißt: er bekommt die „gesetzliche“ Pension, die nicht zu knapp ist, und darf sich weiter mit seinem Range und seinen Ehrenzeichen schmücken. Alles Dinge, die ihm den Sprung in das große private Kolonialunternehmen erleichtern werden, an dessen Spitze er jetzt angeblich treten will.

Die Cousinengeschichte des edlen Sesko ist noch in frischer Erinnerung. Um einer galanten Dame die glatte Reise nach Afrika zu ermöglichen, gab er sie als seine Cousine aus und fälschte zu diesem Zwecke lustig ihren Paß. Jedem gewöhnlichen Sterblichen hätte das eine erhebliche Gefängnisstrafe eingetragen. Mit ähnlicher Tatkraft hatte er auch versucht, höhere Gerichtsbeamte in seinem Verwaltungsbezirk darüber zu belehren, daß die Justiz ihrem Namen durchaus keine Ehre zu machen brauche und die unterschiedliche Behandlung von Negern und Weißen vor den Gerichten zu den hehrsten Aufgaben der deutschen Kolonialpolitik gehöre. Diese patriotischen Versuche, die komische Leute als Beeinflussung der Richter anzuhandeln, und die Fälschungsgeschichten führten schließlich dazu, daß man ein amtliches Disziplinarverfahren gegen Sesko einleitete. Was dabei schließlich herauskam, ist weder beispiellos noch verwunderlich: die letzte Instanz, der Disziplinarhof in Leipzig, verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 1000 Mk. und erteilte ihm einen Verweis. Die Dienstentlassung tat man ihm und seiner einflussreichen Verwandtschaft denn doch nicht an.

Moralpanakereien liegen uns fern, und so war die Cousinengeschichte des edlen Sesko, abgesehen von der Fälschung, nur dafür bezeichnend, wie hoch die Edelsten Fucht und Sitte einschätzen, die sie den Besitzlosen predigen. Aber Puttkamer hat sich bei dieser Affäre, als das Verfahren schon schwebte, offenkundige Zeugenbeeinflussungsversuche geleistet, deren sich in jedem andern Falle liebevoll der Staatsanwalt angenommen hätte. In Briefen, die er an die Ecke, seine einstige Geliebte, richtete, gab er ihr Weisungen, was und wie sie in der Hauptverhandlung zu seiner Entlastung auszusagen hätte, in so drastischen Wendungen, daß Sinn und Zweck unzweideutig war. Als das schließlich nicht gelang, gab er sich die redlichste Mühe, die inzwischen verheiratete Frau als eine verlogene Dirne hinzustellen, die nicht die mindeste Glaubwürdigkeit verdiene.

Wenn also jetzt das Pensionsgesuch dieses Edlen bewilligt wurde, so ist das also wirklich keine besondere Großtat Dernburgs, die Anerkennung verdient, wie es die „Freisinnige Zeitung“ hinstellt, sondern nur ein selbstverständlicher, leider seltener Versuch, eine schwer kompromittierte Persönlichkeit nicht wieder die Treppe herauffallen zu lassen.

Rußland.

Überfall. In Tiflis wurden Sonntag nacht gegen den Direktor der Straßenbahn, Ingenieur Mikbekow, während er in einem Straßenbahnwagen fuhr, von noch nicht ermittelten Personen 12 Schüsse abgefeuert. Mikbekow blieb unverletzt, dagegen wurden der Wagenführer und der Schaffner tödlich verletzt.

Vereinigte Staaten.

Der Sozialismus und die Negerfrage. Die amerikanische Socialist Party ist in der Union die einzige Partei, die auch den Negern volle Gerechtigkeit widerfahren läßt, die auch ihnen gegenüber keinen Unterschied der Rasse und des Geschlechts anerkennt. Das ist allerdings des weitverbreiteten Vorurteils gegen die Schwarzen keine allzu leichte Sache. In dem allgemeinen Wut-anfall, von dem in der letzten Zeit die Bevölkerung auch der Nordstaaten erfaßt war und der in vielen Lynch-morden zum Ausdruck kam, waren die sozialistische Partei und deren Presse fast die einzigen, die es wagten, für die verfolgten Neger einzutreten. Dahingegen haben die Neger bisher noch wenig Verständnis für den Sozialismus gezeigt. Von den in den Südstaaten lebenden Negern ist dies ohne weiteres begreiflich. Sie werden von den dortigen Kapitalisten in absoluter physischer und geistiger Abhängigkeit erhalten. Die Sklaverei ist dort in der Tat nur formell aufgehoben. Aber auch die in dem Norden und Weststaaten wohnende Negerbevölkerung hat sich bis jetzt noch nicht dazu entschließen können, in größerem Maße die sozialistische Partei zu unterstützen; nur wenige der Farbigen sind ihr beigetreten. Der größte Teil ist politisch indifferent, der andere Teil läuft den bürgerlichen Parteien nach. Nun scheint sich aber auch darin ein erfreulicher Wandel vollziehen zu sollen. In Cleveland (Ohio) erscheint das verbreitetste und älteste Blatt der Negerbevölkerung, das eine Auflage von 90 000 Exemplaren aufweist. Dieses Blatt ist jetzt stets rückhaltlos für die republikanischen Kandidaten eingetreten. Kürzlich brachte es aber einen Leitartikel, der u. a. folgende, durch seltenen Druck besonders hervorgehobene Sätze enthält: „Es ist durchaus nicht nötig, daß wir für Bryan stimmen müssen, wenn wir uns weigern Laßt zu unterstützen. Wir sind nicht in der Zwangslage für einen dieser Kandidaten oder überhaupt nicht stimmen zu müssen. Sondern wenn wir für einen Präsidentschaftskandidaten eintreten wollen, so können wir für Eugen B. Debs oder dessen Mitkandidaten stimmen, und wir werden sicherlich keinen Fehltritt tun. Seit mehr als 10 Jahren haben wir Eugen B. Debs Reden gelesen, und immer und immer wieder den männlichen Standpunkt bewundert, den dieser unserer Rasse gegenüber einnimmt. Immer und immer wieder haben wir uns mit freudigem Erfahren gefast, daß hier eine Bewegung unter unseren Augen aufwächst, die sich unserem Volke gegenüber freundlich stellt, die keine Vorurteile kennt, und Gleichheit und Gerechtigkeit predigt und übt. Er und seine Partei nehmen nicht nur den rechten Standpunkt in der sogenannten Rassenfrage ein, sondern diese Leute, die sich Sozialisten nennen, haben auch den Mut ihrer Überzeugung. Das ist's, was wir an ihm und an der Socialist Party bewundern müssen, selbst wenn wir uns noch nicht auf ihren Standpunkt in wirtschaftlichen Fragen stellen können: Das ist der Standpunkt, die Prinzipien, für die wir stimmen müssen, selbst wenn wir uns ihrer Gesellschaftstheorie noch nicht anschließen können. Neger der Vereinigten Staaten, Ihr von den Republikanern und Demokraten vor den Wahlen Gehässigkeiten, Ihr nach den Wahlen Beschimpfen und Schandreden, bestimmt Euch am 3. November auf die Socialist Party.“

Aus Lübeck und Nachbargebieten

Dienstag, den 8. September.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über nach folgende Bauten, ausgeführt von der Firma Görne u. Heidenreich, die Sperre verhängt: Fünfhausen, Gränzmühle, Cafenstraße, Siebent Marii, Kalthof bei Schwartau. Als Akkordarbeiter fungieren F. Mädel, Krempelsdorfer Chaussee und Fab 5 Werbestraße.

Achtung Bauarbeiter! Über die Siebentarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich u. Görner, ist wegen Nichtanhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und F. Jab im Fünfhausen und über den Bau Cafenstraße (Gränzmühle wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Achtung Schuhmacher! Über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Hüterdamm 10, sowie G. Wetmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterchaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Die Bürgerchaft trat am gestrigen Montag vor mittag zu einer Sitzung zusammen, um die Punkte, welche schon seit geraumer Zeit die Tagesordnung jeder Sitzung belasten, endlich einmal aufzuarbeiten. Von unseren Genossen war ein Antrag auf Bewilligung von 5000 Mark für die Abgeordneten in Donaueschingen eingebracht worden. Dieser Antrag wurde mit auf die Tagesordnung gesetzt.

Beim Punkt: Einseitige Verwaltung des Theaters durch die Theaterbaukommission wurde auf Anfrage vom Senat erklärt, daß die Baukosten beim Stadttheater zwar nicht unerheblich höher seien als veranschlagt, daß diese Überschreitung aber nicht im entferntesten die Höhe erreichte, wie die Zeitungen berichtet hätten. Die Fundamente der neuen Bühne seien um 70 000 Mk., die Kosten für die Beschaffung der Sitzele etc. um die gleiche Summe, sonstige Sachen um 30 000 Mk. überschritten worden. Insgesamt kostete uns unser „Hof“theater schon 1 700 000 Mk. mehr, als veranschlagt war. Wir glauben nicht, daß es hierbei sein Bewenden haben wird; das dickere Ende wird schon nachkommen. Genosse Wilske II benutzte die Gelegenheit, um seinem Mißfallen über die scheußliche Fassade des Theaters Ausdruck zu geben.

Bei Besprechung des Senatsdekrets betr. Legitimationsgebühr von 25 Pfg. für eine Radfahrkarte wies Landrichter Dr. Meyer die juristische Unhaltbarkeit des Dekrets nach und beantragte, dieses Dekret einer Kommission zu überweisen. Dieser Antrag fand Annahme. Auch das Dekret betr. Untersagung des Nachtrages zum Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Beamten wurde einer Kommission überwiesen.

Der Antrag auf Einführung einer zweiten Lesung kam auch gestern noch nicht zum endgültigen Abschluß, trotzdem der Antrag bereits vor einem Jahre gestellt worden war. Nachdem Herr Dr. Görz sich recht zutreffend für den Antrag ausgesprochen hatte, ersuchte er um Kommissionsberatung. Vom Senatstisch aus wurde gerade nicht mit zutreffenden Gründen die Einführung der zweiten Lesung bekämpft und nebenbei für die Nichtöffentlichkeit der Bürgerausschluß-Verhandlungen eingetreten. Genosse Th. Schwarz trat überzeugend für die zweiten Lesungen ein und verles hierbei dem selbstherrlichen Senat einige wohlverdiente Hiebe. Herr Aug. Pape fand scharfe Worte gegen die Heimlichkeitstuer, die ihn einen unverbildeten Ordnungsruf einbrachte. Einstimmig wurde der Antrag Görz angenommen.

Eine lebhafteste Debatte zettelte der Antrag Evers auf Erhöhung des Gehaltes der Bureauhilfsarbeiter. Genosse Stellinger trat der Auffassung entgegen, daß in bezug auf die Höhe der Angestellten des Staates weise Sparsamkeit herrschen müsse. Unser Redner trat auch energisch für Besserstellung der Staats- und Gemeinbediensteten ein. Schließlich kam es hierbei noch zu einer kleinen Kontroverse zwischen einigen Beamten und dem würdigen Vertreter des Kapitals, Herrn Peters, bei der letzterer bewies, daß jeder sich so gut blamiert, wie er kann. Der Antrag Evers wurde abgelehnt, dagegen wurde ein anderer Antrag angenommen, der eine Regelung der Gehälter der Hilfsarbeiter bei der demnächstigen Revision des Beamtenbesoldungsetats vorzieht.

Inzwischen war es 2 Uhr geworden. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde noch über den Antrag unserer Fraktion bezüglich Gewährung einer Beihilfe für die Abgeordneten in Donaueschingen beraten. Einstimmig genehmigte die Bürgerchaft unseren Antrag, nach welchem der Senat um Bewilligung von 5000 Mark für diesen Zweck ersucht wird.

Trotzdem noch eine Reihe Initiativanträge auf der Tagesordnung standen, trat Schluß ein.

Die Anträge zum Parteitag in Nürnberg beschäftigte die gestrige gut besuchte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Der Referent, Genosse Schreider, betonte eingangs seiner Ausführungen, daß es zunächst geschehen habe, ob die Nürnberger Tagung besonders ruhig verlaufen sollte. Durch die Bewilligung der Budgets in den süddeutschen Staaten seitens unserer Genossen ist jedoch eine scharfe Aussprache nötig geworden. Es wäre nicht erforderlich, daß die heutige Versammlung in einer Resolution oder einem sonstigen Beschluß dem Urteil des Parteitages vorgreife. Seine, Redners, persönliche Ansicht gehe dahin, daß unsere süddeutschen Abgeordneten mit der Budgetbewilligung gegen die Lübecker Resolution verstoßen hätten. Daß sie kein gutes Gewissen hätten, beweist schon ihre Heimlichkeitstuer, die unter Parteigenossen bisher nicht üblich war. Wenn man die Gründe der Süddeutschen für ihre Stellungnahme hört, so gewinnt man daraus die Überzeugung, als ob man uns in das Fahrwasser der bürgerlichen Parteien bringen will. Weil die Regierung in einigen Punkten Entgegenkommen gezeigt habe, will man auch der Regierung durch die Bewilligung der Finanzgesetze entgegenkommen. Einer solchen Schwacherpolitik nach dem Grundsatz: Ich gebe wenn du gibst, ist verwerflich. Vielleicht hat auch die während des letzten Wahlkampfes von den Gegnern aufgestellte unwahre Behauptung, die Sozialdemokratie leiste nichts Positives, unsere süddeutschen Parteigenossen auf den Gedanken gebracht, durch ihre Haltung diesen Vorwurf zu entkräften. Das war jedoch durchaus verfehlt. Für mich kommt es in erster Linie darauf an, daß das Prinzip hochgehalten wird. Eine zweite wichtige Frage, die den Parteitag beschäftigte, ist diejenige der Parteifrage. Ich gehöre zu denjenigen Genossen, welche der Meinung sind, daß es in Anbetracht der großen Opfer, welche die Parteifrage erfordert, richtiger wäre, wenn man die Parteifrage auf den Abend oder den ersten Sonntag im Mai verlegen würde. Alle Anträge, die zu der Parteifrage gestellt waren, gehen um die Hauptsache, wie die Unterstützungsgelder aufgebracht werden sollen, herum. Als die Parteifrage einstimmig beschlossen wurde, hatte sie deswegen hohen Wert. Die Gedanken der Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung immer fester in die Herzen des proletariats pflanzte. Dieser Gedanke wurzelt jetzt so fest, daß es nicht unbedingt nötig ist, denselben durch das zweischneidige Schwert der Parteifrage in der bis-

hergen Form noch ganz besonders zu fördern. Zur Frage der Jugendorganisation übergehend, hält Redner den Vorschlag des Parteivorstandes für am zweckmäßigsten, der Ausschüsse zur Erfüllung der Jugend mit sozialistischem Geist vorsteht. Jugendorganisationen, wie sie beispielsweise die hiesigen Nationalliberalen hatten, in die „junge Leute bis zu 40 Jahren“ aufgenommen wurden, sind nicht zu empfehlen. Wer das erforderliche Alter hat, der muß mit seiner ganzen Persönlichkeit in die Parteioorganisation eintreten. Redner streift noch die Anträge betr. Verbreitung eines Flugblattes an die Frauen, die Zugehörigkeit der Parteigenossen zu den gewerkschaftlichen Organisationen, die Verstärkung des Parteivorstandes um eine Sekretärin u. a.

In der Diskussion nahm zunächst der Genosse Kranz das Wort. Er wundert sich, daß die Abmachungen des Parteivorstandes mit der Generalkommission auf dem Gewerkschaftskongreß gutgeheißen worden sind. Die örtlichen Organisationen könnten die erheblichen Unterhaltungskosten für die Ausgesperrten nicht aufbringen. Redner wünscht, daß das Abkommen solange in den Papierkorb geworfen wird, bis der internationale Arbeiterkongreß gesprochen hat. Genosse Salamon meint, daß der Genosse Schneider seine der Versammlung bekannte Auffassung bezüglich der Maßfeier nur bestärkt habe. Die Verteilung an der Maßfeier sei stark zurückgegangen. Die jetzige Form müsse beseitigt werden. In der Budgetbewilligungsangelegenheit ist Redner der Ansicht, daß die „Leipziger Volkszeitung“ den Krakeel angefangen habe. Auch der „Lübecker Volksbote“ habe, wie die meisten norddeutschen Parteiblätter, nicht die Gründe mitgeteilt, welche für die Haltung der Süddeutschen maßgebend waren, das war parteilich. Redner zitiert dann Artikel der „Münchener Post“, in denen eine Reihe kräftiger Ausdrücke gesammelt sind, die gegen die Budgetbewilliger gebraucht sind, und in welchen die Stellungnahme der betr. Abgeordneten zu rechtfertigen versucht wird. Man verurteilt die Angeklagten bevor man sie gehört habe. Die gebundenen Mandate, welche den Delegierten gegeben werden, seien ein Skandal.

Genosse Stelling wünscht, daß Parteivorstand und Generalkommission zum Maßfeier-Abkommen noch einen Kommentar herausgeben, der sich mit den Ausführungen der Genossen Legien auf dem schleswig-holsteinischen Parteitag deckt. Bezüglich der Jugendorganisation sei die Annahme Resolution des Parteivorstandes und Kontrollkommission zu empfehlen. Nicht Organisation der Jugend, sondern Erziehung derselben sei vorerst das Wichtigste. Zur Budgetbewilligungsfrage übergehend, bedauert Redner, daß man die süddeutschen Abgeordneten als Parteiverräter und als schon im bürgerlichen Fahrwasser segelnde Leute bezeichnet hat. Diese Genossen haben geglaubt, unserer gemeinsamen Sache durch ihr Verhalten zu dienen. Allerdings lasse sich darüber streiten, ob die Zustimmung zum Budget richtig und mit der Lübecker Parteitagresolution vereinbar sei. Redner bezweifelt das. Es sei ja richtig, wenn Genosse Salamon sage, im bayerischen Budget sei das Militärbudget nicht enthalten. Man dürfe hierbei aber nicht vergessen, daß in demselben auch die Mittel für das Kultusministerium, für den Klassenstaat mit seiner Klassenjustiz enthalten seien. Von diesem Gesichtspunkte aus müsse die Sache beurteilt werden. Entschieden zu verurteilen sei das Verhalten des badischen Landesvorstandes gegenüber dem Parteivorstand. Letzterer konnte und mußte Auskunft verlangen und die Badenenser mußten ihm diese geben. Daß das nicht geschah, sei nicht nur eine Künderei, sondern eine Geleier gewesen. Entschieden Protest erhoben werden müsse gegen den Vorschlag, der „Münchener Post“, den Parteitag seitens der süddeutschen Genossen zu boykottieren. Als entschuldigend könne nicht gelten, daß seitens einzelner Parteiblätter das Schimpfregister gegen die Süddeutschen aufgelesen worden sei, auch nicht, daß einzelne norddeutsche Wahlkreise, die sonst vielleicht nur einen Delegierten entsandt hätten, jetzt 8 nach Nürnberg senden. Das formale Recht hierzu stehe ihnen allerdings so, tattlich aber sei es verkehrt gewesen. Entschieden Verwarnung müsse er gegen die Behauptung des Genossen Salamon einlegen, daß unser Parteitag die Genossen über die Stimmung der Süddeutschen nicht genügend informiert hätte. Es seien die Beschlüsse sowohl süd-, als auch norddeutscher Organisationen mitgeteilt worden und das genüge wohl. In den süddeutschen Blättern sei auch ein rein sachlicher, die Budgetzustimmung behandelnder Artikel noch nicht erschienen. Einen solchen hätte auch der „Volksbote“ abgedruckt. Übrigens ständen die süddeutschen Genossen auch nicht geschlossen hinter ihren Abgeordneten, wie so manche Berichte bezugten. Es sei zu hoffen, daß der Parteitag die Streitfrage kühl und objektiv beurteile und beweise, daß die sozialdemokratische Partei trotz einzelner Meinungsverchiebungen ein geschlossenes Ganzes sei und auch bleiben wolle.

Genosse Th. Schwarz mißbilligt scharf die Haltung der süddeutschen Abgeordneten. Er bezeichnet deren Vorgehen als Ausfluß des Revisionismus. Wenn die Revisionisten eine eigene Partei bilden wollten, so würden sie bald die Erfahrung machen, daß ihnen die Arbeiter nicht folgen werden.

Genosse Dr. Schömer: Vom Genossen Schwarz ist die Grundlage der Diskussion verschoben worden. Es handelt sich nicht um einen Streit zwischen Revisionisten und Radikalen. Überhaupt ist der Begriff Revisionist schwer zu definieren. In manchen Fragen sind gerade die sog. Revisionisten radikal und die Radikalen zahm. Würde man die jetzigen Revisionisten aus der Partei ausschließen, würden in derselben bald neue entstehen. Die Budgetbewilligung ist keine prinzipielle, sondern eine taktische Frage. Wenn unsere Partei im Reichstage für die Erbschaftsteuer eintritt, so bewilligt sie doch auch dem Klassenstaat Existenzmittel. Dennoch wird man darin keinen Prinzipienverrat finden. Die ganze Budgetangelegenheit ist nicht derart, daß eine große Aufregung darüber zu entstehen braucht.

Genosse Löwig: Wenn die Partei für die Erbschaftsteuer eintritt, so tut sie das nicht, um dem Klassenstaat Existenzmittel zu geben, sondern um andere ungerechte indirekte Steuern von den Schultern der minderbemittelten Volksschichten fernzuhalten. Auch bei der Budgetberatung treten wir für Positionen ein, die im Interesse der Allgemeinheit und der Arbeiterschaft liegen; bei der Endabstimmung über das Budget kommt durch die Ablehnung jedoch unser prinzipieller Standpunkt zum Ausdruck.

Nachdem die Genossen Salamon und Schneider noch einmal kurz ihren Standpunkt vertreten hatten, war die Beratung der Anträge zum Nürnberger Parteitag beendet. Im Verschiedenen wünscht Genosse Keme, daß unser Abgeordneter Schwarz eine Geschichte der Lübecker Parteibewegung herausgebe. Genosse Löwig verspricht, diese Anträge dem Vorstand und Ausschuß zu überweisen. Darauf erfolgte um 11 1/2 Uhr Schluß der Versammlung.

Aus dem Senat. Senator Dr. Stoos hat den Vorstoß in der Vorbesitzung des Werk- und Zuchthauses zu St. Annen, in der Baudeputation und in der Kanalbaubehörde wieder übernommen.

Handelsregister. Am 4. September 1908 ist eingetragen bei der Firma Kühl u. Leonhard. Die Firma ist erloschen.

Verleumdung. Am 8. September 1908 ist eingetragen bei der Bau-Arbeitgeber-Verein von Sterkrade und Umgegend in Sterkrade.

pb. Festgenommen wurde der Vorarbeiter einer auswärtigen Eisenkonstruktions-Firma, der bei dem Neubau einer hiesigen größeren Fabrik tätig war. Er hat sich in Gemeinschaft mit einem seiner Arbeiter 23 Zentner Eisenabfälle und Nugeisen angeeignet und an einen hiesigen Produktenhändler verkauft.

pb. Ermittelt wurde der Dieb des vor einigen Tagen in Krepelsdorf gestohlenen Fahrrades in der Person eines in Stockelsdorf beschäftigten, hier wohnhaften jungen Kaufmannes. Er hat das Rad in einer hiesigen Wirtschaft für eine in leichsinzigerweise kontrahierte Beschuldung verpfändet.

pb. Beschlagnahme der Fahrräder. Bei einem hiesigen Tischler und Händler wurden nachstehend näher beschriebene Fahrräder vorläufig beschlaggenommen, da nicht ausgeschlossen ist, daß die Verkäufer sie auf uneheliche Weise erworben haben. 1. Ein Rad, an dem das Schild, worauf die Marke geschrieben stand, entfernt ist, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, braunem Sattel, gezeichnet: „L. L. und Wappen“, und einer nach unten spitz zulaufenden Satteltasche mit eingepreßter Blumenverzierung. Die Schutzbleche sind gefalzt und schwarz lackiert. Es ist mit Torpedo-Freilauf und Rücktrittbremse versehen und ist fast neu. Fabriknummer 131119. 2. Ein Rad Marke „Brennabor“ mit der Bezeichnung „Gebrüder Reichenstein, Brandenburg a. S.“, Fabriknummer 192179, schwarzem Gestell, gelben Felgen, braunem Sattel, gez.: „L. L.“, brauner länglicher Satteltasche mit Verzierung, nach oben gebogener Lenkstange mit Handbremse und Handglocke.

pb. Auf frischer Tat ertappt. Festgenommen wurde ein Arbeiter, der in den Wallanlagen einen zugereisten Arbeiter, der etwas angetrunken war, bestohlen hat. Er nahm ihm 10 Mk., ein Messer, Seife u. aus der Hosentasche, und war im Begriff ihm die Stiefel von den Füßen zu ziehen, was von anderen Arbeitern verhindert wurde.

Hansa-Theater. Wie uns von der Direktion des Theaters Job-Gassen mitgeteilt wird, wird der Schwanz Der Mann mit dem Fimmel nur noch zweimal aufgeführt. Am Donnerstag wird die urkomische Bauernposse „Eine Spritztour nach Berlin“ gegeben. Sonntag finden zwei Vorstellungen statt, und zwar nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen.

Stadttheater. Man schreibt uns: Der ungeheure Erfolg, der die letzte Fiedermans-Aufführung auszeichnete, veranlaßt die Direktion nochmals eine Operetten-Vorstellung zu ermäßigten Preisen zu veranstalten und zwar morgen, Mittwoch; es sind hierfür die reizenden Offenbach'schen Operetten: „Hanni weint“, „Hanslucht“ und „Die Verlobung bei der Laterne“ ausgewählt, den Schluß bildet die urkomische Posse: „Das Fest der Handwerker“. Am Donnerstag wird letztmalig Heinrich Heins: „Baumeister Solneß“ wiederholt. Am Sonntag findet schon die letzte Vorstellung in dieser Spielzeit statt.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
 - 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
 - 3) Militär-Papier.
 - 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist, Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):
 - 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
 - 6) Innungsmittelbchein.
- Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:
- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährige Kinder.
 - 8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des Lübedischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich Steuern bezahlt hat.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlstraße 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktag in der Zeit von 9-1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Stockelsdorf. Eine Volksversammlung, die sich mit den oldenburgischen Landtagswahlen beschäftigt wird, findet hier morgen (Mittwoch) abend 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Solnrey, „Zur Erholung“ statt. Genossinnen und Genossen! Sorgt für einen Massenbesuch.

Schwarzenbek. Arbeiterisiko. Ein schrecklicher Unfall ereignete sich nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter in der Dampfziegelei von Drummer u. Ehler. Der dort tätige Maschinist Bömer, welcher gerade mit dem Reinigen der Ziegelpresse beschäftigt war, rutschte auf dem schlüpfrigen Lehm aus und geriet mit der rechten Hand in die vollkommene Betriebe befindliche Presse. Ein gellender Hilferuf rief den in der Nähe weilenden Besitzer herbei, der die Maschine sofort abstellte. Trotzdem drehte sich die Walze noch etwa einhalbmal herum, wobei der ganze Arm bis an das Schultergelenk hineingezogen und durch die Pressezapfen vollständig Brettgequetscht und ausgerollt wurde. Nur mit größter Mühe konnte der Armste aus seiner gräßlichen Lage befreit werden. Er hatte jedoch noch soviel Besinnung und Kraft, nach dem etwa 50 Meter entfernt liegenden Wohnhause des Ziegeleibehalters zu gehen. Hier wurde ihm bald darauf der Arm amputiert.

w. Müll. Bei der gestrigen Bürgermeisterwahl wurden 497 Stimmen abgegeben; davon erhielten Bürgermeister Sitten-Müll 340, Dr. Wittenberg-Damburg, der noch in letzter Stunde durch den Rücktritt des Affeffors Dr. Löwe-Blauen mit auf die Präsentationsliste kam, 156 Stimmen und Bürgermeister Roggenbrod-Nordenburg eine Stimme. Soweit wäre denn der mit ganz besonderer Schärfe — manchmal war es kurz vor dem Kaufen — geführte Kampf zu Ende. Wir sagen so weit, denn wie es den Anschein hat, werden die Besten die Wahl anfechten,

um auf diese Weise zu versuchen, den ausgebliebenen Erfolg noch herauszuholen. Der Kampf sowie dessen Resultat haben gezeigt, daß die Müllner Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit nicht gewillt war, sich von einigen verärgerten Bürgern ins Schlepptau nehmen zu lassen; hoffen wir von diesem Standpunkte aus das Beste für die Folge.

Hamburg. Von der Straßenbahn überfahren und getötet wurde gestern nachmittags 5 1/2 Uhr der sechs-jährige Krabe Maack, der unmittelbar vor einem in voller Fahrt befindlichen Wagen der Linie 22 der Straßenbahn vor dem Hause Hammerlandstraße Nr. 50 über die Straße lief, umgestoßen und trotz der Schutzvorrichtung festgeklemmt wurde. Dem Fahrpersonal und anderen hilfeleistenden Personen gelang es nicht, den kleinen Körper hervorzuziehen. Zug 5 der Feuerwehr wurde alarmiert, deren Mannschaft den tödlich verletzten Kraben aus seiner schrecklichen Lage befreite. Der Krabe wurde in die nahe gelegene elterliche Wohnung getragen, wo er bald darauf starb. Seit Aus-rüstung der Straßenbahn mit der neuen Schutzvorrichtung ist dies der erste schwere Unfall im Fahrbetriebe. Eine Untersuchung muß erst die genauen Ursachen ergeben.

Kiel. Ein urchtbares Familien-drama hat sich am Sonntagmorgen in dem Hause Ringstraße 63 abgespielt. Nachbarskuten war es aufgefallen, daß vor der Wohnung des Oberpostassistenten Sachau mittags noch die in der Frühe vom Bäcker gebrachten Semmel lagen. Der Bureauassistent Rohmer, der nachsehen wollte, ob irgend etwas passiert sei, klingelte. Als ihm nicht geöffnet wurde, schloß er den Drücker und fand, daß die Wohnung unverschlossen war. Beim Eintreten schlug ihm ein starker Gasgeruch entgegen, und als er die Tür zur Küche aufstieß, fand er die etwa sechsjährige Tochter der Eheleute Sachau als Leiche auf Bettzeug an der Erde liegend vor; ferner mit dem Tode ringend in einem Bette ein sieben Monate altes Kind. Das dritte Kind, ein vierjähriges Töchterchen, lag friedlich schlummernd in der Schlafkubel. Nachdem A. den offenstehenden Gasbahn zugehört und das kleine Kind in seine Wohnung gebracht hatte, sah er sich weiter in der Sachauschen Wohnung um. Es fand sich ein Brief vor, worin Frau Sachau mitteilt, daß sie in den Hafen gegangen sei und sich ertränkt habe. Unter der Hilfe eines Arztes gelang es, das kleine Kind wieder ins Leben zurückzurufen; es erholte sich dann bald wieder. — Allem Anschein nach hat die Mutter in einem Anfall von Geistesföhrung gehandelt. Dem in Bünzen bei Jnnien auf Urlaub weilenden Gemann wurde sofort die telegraphische Nachricht von dem Unglück übermittelt.

Lehe. Eine verzweifelte Tat vollbrachten hier zwei Kinder, Mädchen von 10 und 8 Jahren, deren Eltern in Scheidung leben und die weder bei Vater noch Mutter einen Anhalt hatten. Das eine Mädchen liegt seit Donnerstag schwer krank darnieder, und alles deutet darauf hin, daß es Lyolol zu sich genommen hat, um zu sterben. Das andere ist seit derselben Zeit verschwunden, und auch von ihm steht fest, daß es sich mit Lyolol vergiftet wollte. Das Kind schrieb vorher noch einen Brief an seine Mutter, sie möge sich weiter keine Gedanken machen, wenn sie den Brief erhielt, würde ihm wohl sein.

Schwerin. Mecklenburgische Lehrereiden. Die Lehrer auf den ritterschaftlichen Schulen in Mecklenburg sind der Willkür ihrer Gutskassen unheimlich ausgeliefert; kein Gesetz und kein Mensch kommt ihnen zu Hilfe, wenn sie in unwürdiger Weise gequält und drangaliert werden. Ein klassisches Beispiel dieser Art wird jetzt wieder gemeldet. Der Rittergutsbesitzer v. Perz in Dietlütbe hatte einen Haß auf seinen Lehrer gemoren, dem er aber nicht einfach kündigen konnte, weil er zugleich Küster und Organist war. So versuchte er es auf andere Weise. Allen Gutsleuten wurde verboten, mit dem Lehrer und seiner Familie zu verkehren und für sie zu arbeiten. Der Lehrer ließ sich durch diesen Boykott nicht zum Fortgehen bewegen. Es wurden daher schärfere Mittel versucht. Der Lehrer wurde beim Gericht wegen Unterschlagung angezeigt, konnte aber durch Zeugen die Grundlosigkeit der Anschuldigung nachweisen. Eine zweite Anzeige wegen Diebstahls — er hatte 3 Jahre vorher mit Erlaubnis der Gutskassenschaft in einem Wasserloch ohne Erfolg gefischt! — hatte Freispruch zur Folge. Auf die Frage des Richters nach der Ursache der späten Anzeige lautete die Antwort: „Ich will und muß die gerichtliche Verurteilung des Mannes haben, weil ich ihn sonst nicht loswerden kann.“ Eine weitere Anschuldigung wegen Betruges — der Lehrer hatte ein um vier Tage zu junges Kind auf Weisung des Inspektors mit in die Schule genommen und natürlich auch mit auf die Schulgedulste gesetzt — hatte ebenfalls keinen Erfolg. — Es ist höchste Zeit, daß der Übermut und die Allmacht der mecklenburgischen Ritterschaft gebrochen werden!

Letzte Nachrichten.

Berlin, 7. Sept. Der Schauspieler Bassermann verabreichte in einem Restaurant in der Potsdamerstraße dem angeblichen Schriftsteller Bogislav Kristeller eine schallende Ohrfeige, weil Kristeller ihn in seinem Blättern in ungehöriger Weise angegriffen hätte.

Berlin, 7. September. Zum ersten Male wurde unter dem neuen Vereinsgesetz eine Versammlung aufgelöst. Es handelte sich um eine Versammlung des „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“, der unter der Führung Diefenthal steht. Die Auflösung erfolgte, weil die Auseinandersetzungen in Lätlichkeiten überzugehen drohten.

Braunberg, 7. Sept. In der letzten Nacht wurde auf dem Hann von Wegern-Platz, neben der neuen Pfarrkirche, ein jüngeres Liebespaar erschossen aufgefunden. Der Mann war tot, während das Mädchen noch Lebenszeichen von sich gab und in das städtische Krankenhaus transportiert wurde.

Allenstein, 7. Septbr. Als sich Sonntag abend vier Personen auf der Fähre von Rassenheim über den Galbensee nach Michelsdorf übersetzen ließen, schlug das Boot infolge des hohen Wellenganges um. Zwei Soldaten der 7. Kompagnie des 44. Regiments, Bäcker und Lewandowski, ertranken. Die Leichen sind der Allensteiner Zeitung zufolge noch nicht gefunden. Die beiden anderen Insassen des Bootes wurden gerettet.

Samborn, 7. Sept. Eine 60jährige Witwe, die ein dreijähriges Kind trug, wurde von der Straßenbahn überfahren, Beide wurden getötet.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Verband d. Hafenarbeiter Deutschlands.
(Mitgliedschaft Lübeck.)

Nachruf.

Am 6. dieses Monats starb unser Mitglied der Lastdiarbeiter

J. Jahncke.

Seine feinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Vorwerker Friedhof aus statt.
Sammelplatz der Kollegen 3/4 Uhr bei der „Hansa-Halle“.

Der Vorstand.

Logis zu vermieten

Friedenstraße 21.

Zu vermieten zum 1. Oktober

Werkstelle, passend f. Tischler

Dornestraße 24.

Zu sofort zu vermieten

ein freundliches Zimmer

Georgstraße 15 a. II.

Ein möbliertes Zimmer

für 1 oder 2 Personen Fuchtingstr. 39, I.

Gesucht ein Tagesmädchen

bei gutem Lohn

In der Mauer 104.

Ein Tapezierlehrling,

ein Tischlerlehrling

zu Michaelis oder Ostern.

Gehr. Rehm, Möbel- u. Dekorationsgesch.,

Lübeck, Johannisstraße 41.

Zu kaufen gesucht ein gebrauchter Kinderwagen mit Gummireifen.

Ang. mit Preisangabe u. Nr. 128 an die Exp. d. Bl.

Diverse Möbel

billig zu verkaufen

Johannisstraße 41.

Achtung Brautleute! Durch Zufall billig

1 Blüschgarnitur, 1 Sofa, 1 Spiegel, 1 Ausziehstuhl. Bederstraße 20, part.

Zu verkaufen

eine Nähmaschine, fast neu,

Engelsgrube 32/12.

Haus mit zwei Dreizimmer-Wohnungen,

Einfahrt und großer Werkstätt billig zu verkaufen oder Parterre zu vermieten.

Näheres Brokingstraße 44, part.

Ein Kinderwagen billig zu verkaufen

Mittelnstraße 17, I.

Verloren am Sonnabend auf dem Wege

von Scheere (Breitenstr.) bis zur Pfaffenstr. e. Portemonnaie mit Inhalt. Der ehrl. Finder wird gebeten dasselbe abzugeben. Chafotstr. 1.

Sonntag Abend ist in der Gastwirtschaft

von Aug. Israelsdorf ein graugestrichenes Damen-Jackett abhanden gekommen.

Bitte abzugeben Friedenstr. 3, II.

Verloren eine Jubiläumskarte nebst Abgangszeugnis. Abzugeben bei

Karl Schwarz, Fremdstamp 1a.

Am 29. August ist ein Puppenwagen abhanden gekommen. Es wird gebeten, denselben abzugeben

Rosenstraße 16.

Abreisenden

aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditionsgesch. Fuchtingstr. 52

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.

H. Schreiber, Breitenstr. 24

Täglich

in allen Verkaufsstellen:

Frisches

Kraft-Dauer-Brot.

C. Siemers, Struckmühle.

Fernsprecher 1110

Mark 100.—

Einhundert Mark Sterbefall-Unterstützung

beim Ableben meines Mannes aus Anlass ständiger Brotkundschaft von der Dampfbäckerei „Hansa“ J. C. D. Junge & Co., Lübeck, erhalten zu haben, bescheinigt

Lübeck, den 7. September 1908.

Marie Ahrens, geb. Burmeister.

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Redigiert von Klara Zetkin.

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen. Für unsere Kinder. Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern a 10 Pfg. oder bei Postbezug vierteljährlich 65 Pfg. (inkl. Postgeld).

Der Unterricht **Lehranstalten** ist bis ins kleinste nachgeahmt in den **Selbstunterrichtswerken** Methode Rustin: Der wissenschaftlich gebildete Mann, Der gebildete Kaufmann, Der Bankbeamte, Das Gymnasium, Das Realgymnasium, Die Oberrealschule, Das Abiturientenexamen, Die höh. Mädchenschule, Die Handelsschule, Die Mittelschullehrerprüfung, Der Einjährig-Freiwillige, Der Präparand, Der Militäranwärter. Glänzende Erfolge. Besondere Prospekte über jedes Werk und Anerkennungs-schreiben gratis und franko. Ansichtsendungen bereitwilligst. Bezug gegen kleine monatliche Teilzahlungen.

Bonness & Hachfeld, Verlag, Potsdam.

Die Geächteten.

Sozialpolitischer Roman aus der Zeit des Sozialistengesetzes.

Von Wilhelm Blos.

In diesem Werkchen sind die Verfolgungen, denen die Sozialdemokraten in jener Zeit ausgesetzt waren, trefflich geschildert und erfährt das Parteilieben jener Zeit eine Beleuchtung, welche den älteren Parteigenossen eine Erinnerung an jene Zeit und den jüngeren einen willkommenen Einblick in die Vergangenheit der Partei bringen dürfte. Diesem ersten Bande wird ein zweiter und dritter Band folgen, welche das Treiben der Anarchisten während des Sozialistengesetzes, sowie den Sturz Bismarcks, des Haupturhebers dieses Gesetzes, eingehend behandeln wird. Allen Parteigenossen ist dies Werk bestens zu empfehlen und kann der erste Band, der vollständig erschienen ist, in 6 Lieferungen à 20 Pfg. oder gebunden Mk. 2.— bezogen werden durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstr. 46. sowie deren Kolporteurs. Johannisstr. 46.

Hansa-Automat.

Restaurant — Café

verbunden mit feiner Konditorei

Breitenstr. 51. — Fernspr. 2784.

Frühstücksstamm 40 Pfg. Mittagessen von 12—3 Uhr 80 Pfg.

Abendstamm 80 Pfg. Speisen nach der Karte à Mk. 1.—

Täglich: KONZERT

unter Leitung des Kapellmeisters Jacob.

Meine Pfand-Auktion

ist am 14. und 15. September bei Herrn Ahrens Mariesgrube.

L. S. Baruch, Pfandleiher

Prolongation nur bis 9. September später unmöglich.

Fahrrad-Reparatur-Werkstätte.

Alle Fabrikate werden sachgemäß und billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Emailieren, Vernickeln billig und gut.

Carl Heynert, Lübeck

Moislinger Allee 6a. Fernspr. 1272

Ia. schwed. Kronsbeeren

Pfd. 18 Pfg.

Gute Kochbirnen

2 Pfd. 15, 10 Pfd. 70 Pfg

Frische

Landeier u. Landspeck

empfiehlt

J. Peters, Dornestraße 32a

Achtung Bauarbeiter!

Bau-Delegierten-Sitzung

am Mittwoch, den 9. September 1908

abends 8 1/2 Uhr,

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52

Der Vorstand.

Restaurant

Zur alten Lohmühle.

Donnerstag, den 10. Sept. 1908:

Grosses Extra-Konzert

mit humoristischen Vorträgen.

Musik ausgeführt

von der Schwartauer Kadetten-Kapelle

im Lokale.

Anfang 6 Uhr. Ende 12 Uhr.

Entrée 20 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein

Otto Sterly.

Hansa-Theater

Telephon 384.

Gastspiel

Job-Classen.

Heute vorletzter Tag dieser Vorstellung.

Anfang punkt 8 1/4 Uhr.

Der größte Schlager!

Der Mann

mit dem Fimmel!

Tränen werden gelacht!

Donnerstag:

Eine Spritztour nach Berlin.

Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.

Stadthallen-Theater.

Mittwoch: 95. Abonnem.-Vorstellung.

Logen 75 Pfg., alle übrigen Plätze 50 Pfg.

Letzte Operetten-Aufführung.

Gastspiel Frau Dr. Fuchs-Brandt.

Hanni weint, Hannsi lacht.

Die Verlobung bei der Laterne.

Das Fest der Handwerker.

Poste mit Gesang in 1 Akt.

Anfang 8 Uhr.

Donnerstag: Baumeister Solneß.

Achtung!
Zentralverband der Maurer!
Mitglieder - Versammlung

am Mittwoch, den 9. Septbr.,

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom 10. außerordentlichen Verbandstag.

2. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

Schmiedestr. 20. Tonhalle 20. Schmiedestr. 20.

Das 3. Wochenprogramm in dieser Saison. Wunderbare Sachen, vollständig neu. Heute morgen per Expressgut von Paris und London direkt für uns eingetroffen.

Für 20 Pfg., Kinder 10 Pfg.

Der Schwiegerohn auf Probe. — Macbeth (großes englisches Drama). — Lebende Anschlagzettel. — Die Pensionsfreundin. — Komische Irrungen. — Der Grenzstein (großes Drama der Neuzeit). — Wässerige Rache. — Sonderbarer Hauptgewinn. — Kampf gegen Feuer. — Ein sonderbares Pferd.

Anfang an den Wochentagen 3 Uhr. Sonntags 2 Uhr.

Die Direktion.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907.

Die Mitgliederbewegung in den Gewerkschaften.

Das Jahr 1907 war kein günstiges Wirtschaftsjahr für die deutschen Gewerkschaften. Zeigte schon die erste Jahreshälfte eine gewisse Stagnation, die den Umschwung der Wirtschaftslage vorauserkennen ließ, so offenbarte die zweite Jahreshälfte alle untrüglichen Zeichen des Niederganges. Die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften wuchs zusehends; sie spiegelte sich wieder in den Verhältniswerten der Statistik der Arbeitersachverbände, die das „Reichs-Arbeitsblatt“ vierteljährlich veröffentlicht. Sie wird begleitet durch die Ziffern der Statistik der deutschen Arbeitsnachweise, die die Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlicht. Auch die Bewegungsziffern der deutschen Krankenkassen, soweit sie der Berichterstattung des Statistischen Amtes angeschlossen sind, lassen einen starken Rückgang erkennen, der im September 1907 eintrat. Angesichts dieser Veränderung der Wirtschaftslage war vorauszu sehen, daß der stürmische Aufschwung, den die Gewerkschaften während der Hochkonjunktur nahmen, einer ruhigeren Entwicklung weichen mußte. In einzelnen Industriegruppen waren selbst erhebliche Rückschläge nicht zu vermeiden, besonders im Baugewerbe und in den damit zusammenhängenden Holzgewerben, in denen die Krise schon im Januar 1907 mit aller Schärfe einsetzte. Im allgemeinen haben jedoch die Gewerkschaften den Übergang von der Hochkonjunktur zur Krise ohne nennenswerte Verluste überwunden, ihre Gesamtentwicklung zeigt, im Gegenjahre zu 1891 und 1901, wo die Krisen einen Rückgang der Mitgliederzahlen der gesamten Zentralverbände herbeiführte, noch immer einen ansehnlichen Fortschritt. Das ist in erster Linie der inneren Festigung der Organisationen, der Ausgestaltung und Wirksamkeit ihrer Unterstüzungseinrichtungen und der lebhaften Kampfesfähigkeit zu danken, die ihre bindende Kraft bewährten. Freilich genügte dieser Fortschritt nicht, um die zweite Million Mitglieder zu erreichen, — noch immer fehlen mehr als Hunderttausend daran. Immerhin sind unsere Zentralverbände die einzige Gewerkschaftsgruppe, die in so wenig günstiger Zeit einen ansehnlichen Zuwachs aufzuweisen hat. Während die gewerkschaftlichen Zentralverbände ihre Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1907 um 175 797 erhöhen konnten, nahmen die christlichen Gewerkschaften nur um 27 207 Mitglieder zu. Dagegen gingen die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) um 9619 Mitglieder zurück. Der Gesamtfortschritt der deutschen Gewerkschaftsentwicklung im Berichtsjahre wird also repräsentiert durch die gewerkschaftlichen Zentralverbände, — das war seither so und wird auch in Zukunft so bleiben.

Im Jahresdurchschnitt 1907 hatten unsere gewerkschaftlichen Zentralverbände 1 865 506 Mitglieder, am Ende des Jahres 1907 dagegen 1 873 146. In den lokalistischen Vereinen waren 20 461 Mitglieder vorhanden (davon entfallen auf die Freie Vereinigung Deutscher Gewerkschaften nach deren eigener Angabe 17 633 Mitglieder), in den Deutschen Gewerksvereinen (Hirsch-Duncker) 108 889, in den christlichen Gewerkschaften 274 323, in den sogenannten unabhängigen christlichen Verbänden 80 437 und in den übrigen unabhängigen Organisationen 96 684 Mitglieder, so daß die gesamten gewerkschaftlichen Organisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907: 2 446 300 Mitglieder zählten, nahezu 2 1/2 Millionen.

Aus kleinen Anfängen heraus hat sich die Gewerkschaftsbewegung zu solcher Größe entwickelt. 1891 zählten unsere Verbände erst 277 659 Mitglieder; 1893 gingen sie auf 223 530 zurück, dann stiegen sie bis 1900 auf 680 427. Das Jahr 1901 brachte einen kleinen Rückgang auf 677 510. Von da ab ging es ununterbrochen vorwärts: 1903! 887 698, 1905: 1 344 803 und 1907: 1 865 506. Es gibt nur eins, das dieser raschen Entwicklung gleich, das ist der sozialdemokratische Stimmenzuwachs seit 1890. Die Gewerkschaftsentwicklung hat freilich erst viel später eingesetzt; sie mußte sich mit kleineren Anfängen begnügen und hat auch heute in ihrer Mitgliederzahl die Höhe der sozialdemokratischen Stimmenzahl noch nicht erreicht. Dafür repräsentiert sie eine festgefügte und dauernde Macht, die weit nachhaltiger die Aktion der Arbeiterklasse zu unterstützen vermag. Dagegen ist die Entwicklung der Gewerkschaften sowohl derjenigen der politischen Organisation der Sozialdemokratie als auch derjenigen der modernen Genossenschaften weit vorausgeeilt. Es zählten in den Jahren an Mitgliedern:

	1906	1907	+ Zunahme
Sozialdemokrat.			
Vereine	384 327	530 446	+ 146 139
Gewerkschaften	1 689 709	1 865 506	+ 175 797
Konsumgenossenschaften	781 369	885 074	+ 103 705

Die Gewerkschaften haben nicht nur mehr als doppelt so viele Mitglieder als die Konsumvereine und 3 1/2 mal soviel als die sozialdemokratischen Vereine, — sie haben auch die größte absolute Zunahme. Die Ursachen, die dieser langsameren Entwicklung der Parteioorganisationen und der Genossenschaften zugrunde liegen, können im Rahmen dieser Statistik nicht erörtert werden. Wohl aber zeigen diese Zahlen, daß ein großer Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft die Bedeutung der politischen wie auch der genossenschaftlichen Organisation noch recht wenig begriffen hat. Würden alle Gewerkschaftsmitglieder ebenso wie in ihrer Berufsorganisation, so auch in der Partei und in der Genossenschaft ihre Pflicht erfüllen, so würden nicht nur alle die kleinsten Differenzen und Reibungen, die zwischen diesen verschiedenen Armeen der Arbeiterbewegung sich von Zeit zu Zeit bemerkbar machen, völlig verschwinden, sondern die Stöckkraft der Arbeiterbewegung würde dadurch sicherlich vervielfacht werden. Das Beispiel der Einheit und Einigkeit im eigenen Lager würde, verstärkt durch größere Erfolge, auch seine Rückwirkung auf die außenstehenden Arbeitermassen nicht verfehlen und den Zersplitterungsbestrebungen der bürgerlichen Parteien und der gelben Nährväter bald den Boden entziehen.

Die Mitgliederzunahme der Gewerkschaften vom Jahresabschluß 1906 bis Ende 1907 blieb hinter der Zunahme im Jahresdurchschnitt zurück; sie betrug nur 73 853. Es erklärt sich dies daraus, daß die zweite Jahreshälfte 1906 einen starken Aufschwung, dagegen die zweite Jahreshälfte 1907 einen kleinen Rückgang zeigte. Die Zentralverbände zählten Ende 1906 1 799 293 Mitglieder. Das erste Quartal 1907 schloß mit 1 823 881 ab (+ 24 588), das zweite Quartal mit 1 882 665 (+ 58 784), das dritte Quartal mit 1 882 363 (— 302) und das vierte Quartal mit 1 873 146 (— 9217). Der Zuwachs der Gewerkschaft fällt also in die Zeit von Mitte 1906 bis Mitte 1907, danach trat ein Rückgang ein. Es ist charakteristisch, wie sehr diese Entwicklung mit der Statistik der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsnachweise übereinstimmt. Und doch sollte gerade die Wirtschaftskrise die Mitglieder fester denn je an ihre Organisationen kittern, die ihnen nicht nur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. gewähren,

sondern auch den Stand der Arbeitsbedingungen gegen Verschlechterung sichern.

Der Rückgang trifft allerdings nur einen Teil der Gewerkschaften und wurde bei diesen durch besondere Umstände verursacht. Von den 61 Verbänden, die die diesjährige Statistik umfaßt, haben 40 eine Zunahme von zusammen 100 005 Mitgliedern (von Ende 1906 zu Ende 1907) zu verzeichnen, während 21 eine Abnahme von 26 212 angeben. Von diesen Gesamtrückgang von 26 212 entfallen auf die 4 Verbände der Bauhilfsarbeiter, Holzarbeiter, Maurer und Tabakarbeiter allein 21 157. Die Bauarbeiter verloren schon im 1. Quartal 20 670 Mitglieder infolge großer Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, die Zerkulandende ungelerneter Arbeiter in andere Berufe drängte. Bei den Holzarbeitern fehlte der Verlust im 2. Quartal 1907 ein als eine Nachwirkung der Krisis im Baugewerbe und der großen Kämpfe, die dem Verbände enorme Kraftleistungen auferlegten. Im Maurerverband zeigt sich der Rückgang erst im 3. Quartal, nach dem großen erfolgreichen Kampfe in Berlin, während die Tabakarbeiter seit Jahresbeginn stagnieren und von Quartal zu Quartal mehrere Mitglieder verloren. Auf dieser Industrie laitet jeder wirtschaftliche Niedergang, nicht nur zunächst, sondern auch am allerschwersten, da das Lohnniveau selbst in Zeiten guter Beschäftigung ein sehr niedriges ist. Zeigt sich aus diesen Ursachen, wo die betreffenden Gewerkschaften eingreifen haben, um für kommende Jahre solchen Verlusten vorzubeugen, so muß die gesamte Gewerkschaftsbewegung daraus die Lehre ziehen, daß die Erziehung der Mitglieder zur Organisationsstreue und zu höheren Opfern für ihre Organisation Hand in Hand gehen muß mit einer vorzüglichen Kampfesfähigkeit, die alle Voraussetzungen des Erfolges oder Mißerfolges auf das sorgfältigste prüft und sich auch nicht durch Stimmungen einzelner Mitgliederkreise zu unkluglichen Maßnahmen drängen läßt.

Nach der Höhe der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1907 zählten 6 Verbände über 100 000 Mitglieder, 4 zählten 50—100 000, 5 30—50 000, 3 20 bis 30 000, 10 10—20 000, 10 5—10 000, 10 3—5 000, 3 2—3 000, 3 1—2 000 und 7 weniger als 1000 Mitglieder. Wir finden neben großen Verbänden mit mehr als 100 000, ja bis 355 386 Mitgliedern auch kleine Organisationen, die nur wenige Hundert Mitglieder zählen. Einzelne derselben vereinigen trotzdem den größten Teil der vorhandenen Berufsgenossen. Indes besetzt sich mehr und mehr die Erkenntnis, daß solche kleinen Organisationen in entscheidenden Kämpfen der konzentrierten Macht der Unternehmer nicht gewachsen sind und daß der Anschluß an größere verbundene Berufsorganisationen vorzuziehen ist. Auch im Berichtsjahre hat die Vermehrung von Gewerkschaften Fortschritte zu verzeichnen. Außer den Übertritten der Buchdrucker Essig-Bohringen, Graveure, Konditoren, Bergolber und Wägharbeiter sind Zusammenschlußbestrebungen in den graphischen Gewerben, im Gastwirts-gewerbe, in der Lederindustrie, in den Nahrungsmittelberufen, in der keramischen Industrie und in dem Transportgewerbe hervorgetreten, von denen einige vorläufig zum Abschluß von Kartellverträgen geführt haben.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften betrug im Jahresdurchschnitt 1906 in 37 Verbänden 118 908; sie stieg 1907 in 35 Verbänden auf 136 929 oder um 18 021. Die Zunahme beträgt 15,1 Prozent gegenüber 10 Prozent Zunahme der männlichen Mitglieder. Die Organisation der Arbeiterinnen hat sich noch langsamer entwickelt, als die der männlichen Arbeiter. 1892 betrug der Anteil der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften erst 1,3 Proz., 1896: 4,6 Proz.,

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaetter.

(44. Fortsetzung.)

„Ah bah!“ sagte der Deutsche, „ich wähle gar nicht mit, die Engländer tun so, was sie wollen. Ich zahle meine Steuern und damit Punktum, mit allem andern sollen sie mich in Frieden lassen. Wählen sie ja, da bummeln sie einen ganzen Tag herum und saufen und scheißen, und tragen Fahnen herum und anderen Unfug. Wenn sie zu Hause blieben und ihre Arbeit machten, wär's gescheiter.“

„Über das muß doch auch sein.“ lächelte der Gast, der unwillkürlich die früheren Zeiten und die Aufregung zur Wahlzeit mit der jetzigen unerschütterlichen Ruhe des biederen Deutschen verglich; — wer soll es tun, wenn sich die Leute, deren eigene Interessen es betrifft, nicht darum kümmern?“

„Die Regierung.“ rief Bische mit einem Blick, als ob durch das eine Wort das ganze Problem der Staatskunst und innern Verwaltung gelöst sei, „wofür ist sie denn da? — wofür zahlen wir denn unsere Steuern? Das fehlte, daß man sich auch noch damit befassen müßte und darum bin ich wahrhaftig nicht nach Australien gekommen. Hier will ich meine Ruhe haben, und bei den Geschichten, mein lieber Herr, haben wir auch schon in Deutschland ein Paar gefunden. Zettel bekommen und seinen Namen darunter schreiben, nicht wahr? — und nachher weiß man nicht, was darauf steht. Kriegen Sie Bische bei so was, mir kommt keiner damit — einmal die Finger dabei verbrannt und nicht wieder. Aber weshalb erkundigen Sie sich denn nach Schiffen? Wollen Sie Australien wieder verlassen?“

„Nein“, sagte Mac Donald, der nicht für gut fand, eine solche Absicht hier kundzugeben, und rasch eine Notiz erdachte, um die Antwort, ohne Verdacht zu erwecken, zu umgehen. „Ich habe unterwegs von einem Engländer eine ganze Kiste mit australischen Vogelbälgen gekauft, die er in diesen Tagen mit seinem Karren nach Adelaide schicken wird, und möchte dieselbe gern sobald als möglich nach Deutschland verschiffen, ehe sie von den Insekten angegriffen und beschädigt werden.“

„Sie sind wohl selber so eine Art von — Naturforscher, nennen sie's, glaub' ich“, — meinte Bische, „die ganze Sache voll Steine und Unkraut und tote Vogel-

felle zusammenpacken und in Kästchen aufheben. Hier in Saaldorf haben wir auch so ein Exemplar, der alte Wögel totschleibt, die er kriegen kann, und nachher Leute sucht, die sie ihm abkaufen.“

„Nein“, lächelte Mac Donald — „obgleich mich die australische Tierwelt von jeher interessiert hat, ist das doch nur immer Nebenbeschäftigung bei mir geblieben. Ich bin meinem Berufe nach Arzt.“

„Arzt? — Doktor?“ rief Bische und sprang von seinem Stuhle auf — „ja, da dürfen Sie gar nicht wieder fort von hier; der fehlt uns ja hier in Saaldorf wie das liebe Brot. Himmelsgott, das wär' recht, wenn wir hier einen ordentlichen Doktor in den Ort kriegen — und Sie sehen mir aus, als ob Sie Ihre Sache verständen.“

„Haben Sie gar keinen Arzt in Saaldorf?“ fragte Mac Donald, der sich hier plötzlich eine Aussicht eröffnen sah, die ihn, wenn auch nicht eine bleibende Stätte, doch den günstig abzuwartenden Zeitpunkt finden ließ, um aus Australien entfliehen zu können.

„Schlimmer als gar keinen“, rief Bische — „einen richtigen Rief in die Welt, so einen Studenten mit einer bunten Mütze und großen Sporen, der das Maul immer voll nimmt und von weiter nichts wie von seinen „Kuren“ spricht. Ich ärgere mich nur, wenn ich ihn sehe und habe schon Todesangst gehabt, was werden soll, wenn einmal eins von uns frant würde.“

„Haben Sie denn eine Apotheke hier?“

„Das wollt' ich meinen, und eine richtig gute, aber eben niemanden, der was daraus verschreiben kann, als den Hans Guck in die Luft. Mein, bester Doktor, wenn Sie nur halbwegs die Idee haben, in Südastralien zu bleiben, dann siedeln Sie sich um Gottes willen hier in Saaldorf an, und Sie sollen einmal sehen, es wird Sie nicht gereuen. Wir haben hier gar ordentliche wackere Leute, meist Angeseidelte, und Geld ist auch im Orte, darauf können Sie sich verlassen. Außerdem finden Sie eine Gesellschaft von reputerlichen Menschen, wie Sie sich nur wünschen können.“

„Sie malen mir da sehr verlockende Aussichten vor, mein bester Herr Bische“, sagte Mac Donald.

„Aber nicht besser, als ich es verantworten kann“, versicherte der Klempnermeister. „Wenn Ihnen der alte Bische etwas sagt, so können Sie sich auch fest darauf verlassen.“

„Ich gehöre nicht zu denen, die alles plünerantblau und rosenfarben sehen.“

„Ich glaube es Ihnen gern“, sagte Mac Donald, „ein Arzt hat aber, wenn er sich an einem fremden Orte niederlassen will, einen schwierigeren Stand als jeder andere. Ein Handwerker mag sich durch Geschicklichkeit festsetzen, ein Kaufmann durch gute Waren, bei dem Arzte aber ist Vertrauen die Hauptsache, und sobald er sich das nicht erwerben kann, wird es ihm nie glücken, und wenn er der geschickteste wäre.“

„Da haben Sie vollkommen recht, das aber ist es ja gerade, was bei dem andern Mangel fehlt, und Ihnen hier nicht fehlen wird und kann.“

„Ich müßte mich jedenfalls erst einmal im Orte umsehen“, sagte Mac Donald, „den Apotheker kennen lernen und von ihm Näheres erfahren.“

„Hören Sie, ich will Ihnen etwas sagen“, rief da Bische, mit der Hand auf den Tisch schlagend, „ich habe einen Einfall, und wenn Sie ja sagen, tun Sie mir noch dazu einen Gefallen. Bleiben Sie ein paar Tage bei mir im Hause, wir haben ein Fremdenstübchen und Sie stören uns nicht im mindesten, besetzen Sie sich hier in der Zeit einmal die Naturgeschichte, und ich weiß gewiß, es wird Ihnen gefallen.“

„Die Einladung, mein verehrter Herr“, sagte Mac Donald lächelnd, „war etwas leichtsinnig gegeben. Wenn ich Sie nun beim Wort nehme?“

„Und eingelassen“, rief Bische, ihm die Hand entgegenhaltend.

„Lapp dem, ich nehme Ihre Gastsfreundschaft für einige Tage in Anspruch“, sagte Mac Donald nach kurzem Zögern, „und zweifle selber nicht daran, daß ich mich mit meiner neuen Umgebung befreunden werde.“

„Das ist geschickt!“ rief Bische, sich vergnügt die Hände reibend, „und nun werden wir auch hoffentlich dem Laffen, jenem Doktor Dingstücken, oder wie er gleich heißt, den Daumen aufs Auge setzen können.“

Bische war ihm vergnügt. Erst äußerst gaffrig gegen jeden Fremden, besonders gegen Landsträule, kam ihm noch außerdem heute der Besuch außerordentlich gelegen. So genau er nämlich wußte, daß in jenem Hause seinem einmal ausgesprochenen Willen auch geachtet werden mußte, und so wenig er fürchtete, daß dem zuwider gehandelt werden

1898: 2,7 Proz., 1900: 3,3 Proz., 1902: 3,8 Proz., 1904: 4,6 Proz., 1906: 7,1 Proz., und 1907: 7,3 Proz. Damit ist diese erfreuliche Entwicklung natürlich nicht abgeschlossen, denn das Interesse der Arbeiterinnen für die Gewerkschaften beginnt sich jetzt in stärkerem Maße zu regen und die Agitation wird durch die Gewerkschaften selbst, wie auch durch das Arbeiterinnen-Sekretariat der Generalkommission nachhaltig unterstützt. Welche Massen von Arbeiterinnen noch zu gewinnen sind, lehrt uns ein Blick auf die deutsche Fabrikstatistik, die im Jahre 1906 allein in revisionspflichtigen Betrieben 1 095 899 Arbeiterinnen über 16 Jahre zählte. In diesen Betrieben beträgt der Anteil der Arbeiterinnen 18,6 Prozent, also 2 1/2 mal so viel als heute der Anteil der organisierten Arbeiterinnen. Stellen wir für die wichtigsten Industriezweige die Zahl der in Fabriken beschäftigten und der organisierten Arbeiterinnen einander gegenüber, so ergibt sich daraus sofort, welche gewaltige Aufgaben dieser Organisation noch harren.

	Beschäftigte Arbeiterinnen 1906	Weibliche Organisierte 1907
Textilindustrie	397 321	44 277
Metall- und Maschinenindustrie	98 742	14 698
Holzindustrie	26 645	3 457
Nahrungs- u. Genussmittelindustrie	147 741	16 925
Graphisches Gewerbe	36 204	8 333
Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe (einschl. Konfektion)	211 407	13 640

Die Gewerkschaften dürfen daher nicht nachlassen in der Bearbeitung dieses Feldes, denn die Tatsache, daß die Organisation in zahlreichen Industrien nur einen geringen Bruchteil der Arbeiterschaft repräsentiert und demgemäß auf die Arbeitsbedingungen nur geringen Einfluß auszuüben vermag, ist in erster Linie der Rückständigkeit der Arbeiterinnenorganisation geschuldet.

Soziales und Parteileben.

Verbandsstag der Maurer. Am letzten Tage beschäftigte sich der Verbandsstag mit dem Ankauf eines eigenen Grundstücks für die Zentrale des Verbandes. Dieser Ankauf ist durch verschiedene Umstände bedingt. Mit 164 gegen 99 Stimmen wurde der Ankauf beschlossen. Beschlossen wurde die Einführung neuer Mitglieder-Legitimationen. Sodann wurde die Statutenberatung vorgenommen. Die Anträge, nach welchen die Beamten nur mit beratender Stimme an den Verhandlungen teilnehmen sollen, wurden abgelehnt, desgleichen die Änderungsanträge zum Streitreglement. Es erstattete nunmehr im Auftrage der Siebener-Kommission, die eingeleitet war und zu prüfen hatte, ob der Verbandsvorstand eine andere Zusammenfassung oder andere Einteilung erfahren solle, der Ausschussvorsitzende Daehne Bericht. Er empfiehlt im Namen der Kommission, die Stellung des zweiten Vorsitzenden wegzulassen und dafür vier Sekretäre als gleichberechtigt fungieren zu lassen. Paepow, der bisher im Nebenamt die literarischen Vorstandsarbeiten verrichtet hat, solle aus der Redaktion in den Vorstand übertreten und als erster Sekretär die Korrespondenz führen. Dafür müsse dann eventuell der Redaktion zunächst eine Hilfskraft zur Verfügung gestellt werden. Weiter schlägt die Kommission die Pensionierung des Kollegen Staning vor, der dauernd krank und nicht mehr imstande ist, den Posten auszufüllen. Die Kommissionsanträge werden sowohl bezüglich der zukünftigen Zusammensetzung des Vorstandes wie auch bezüglich der Pensionierung Stanings angenommen.

Im Prinzip sprach sich der Verbandsstag mit 275 gegen 23 Stimmen für die Verschmelzung mit den übrigen baugewerblichen Arbeiter-Organisationen aus. Nach Regelung der Delegation zu den Gewerkschafts- und internationalen Kongressen wurde der Vorstand und Redakteur sowie Ausschussvorsitzender wiedergewählt. Mit einem Hoch auf den Verbandsstag wurde derselbe geschlossen.

Scharfmacher an der Arbeit. Die in München tagende Konferenz der deutschen Arbeitgeberverbände beschloß, in ganz Deutschland Arbeitsnachweise zu errichten, die von Unternehmern geleitet werden.

Wenn Landarbeiter freikönnen. Der Gutspächter Hölcher in Hohenau (Kreis Westhavelland) hatte zwei der

bei ihm beschäftigten russischen Wanderarbeiter entlassen, weil er sie als „Aufheber“ in Verdacht hatte. Darauf verlangten die Landleute der Entlassenen kategorisch die Wiedereinstellung der beiden und legten, als dies verweigert ward, einmächtig die Arbeit nieder. Die Leute wurden auf Veranlassung des Landratsamtes festgenommen und nach Rathenow ins Gefängnis gebracht. Am nächsten Tage erfolgte ihre Abschiebung nach der russischen Grenze. Der Zug ging durch die Straßen Rathenows. Auf einem Wagen saßen etwa zwölf Arbeiterinnen, neben sich ihre dürftigen Säckelchen. Hinter dem Wagen marschierten ebenfalls viele Männer — eskortiert von mehreren Gendarmen. Ein Bild, das lebhaft an die russischen Verschickungen nach Sibirien erinnerte. Der Anlaß zur Arbeitsentstellung war folgender: Die Leute waren in Westpreußen für das Gut Hohenau angeworben worden und hatten einen Kontrakt bekommen, wonach ihr Lohn außer freier Lieferung von Milch und Kartoffeln 1,75 Mk. für Männer und 1,50 Mk. für Frauen betragen sollte. In der Erntezeit sollte die Dauer von acht Wochen der Lohnsatz der Männer auf 2,25 Mk., der für Frauen auf 1,60 Mark erhöht werden. Diese erhöhten Lohnsätze sind den Leuten aber nur während fünf Wochen gezahlt worden. Als ihnen Ende August zugemutet wurde, auf nassem, schlammigen Wiesen Gras in Akford zu mähen, forderten die Leute entweder Auszahlung des einbehaltenen Lohnes oder ihre Entlassung. Beides wurde ihnen brüsk abgeschlagen. Nun begaben sich einige der Arbeiter nach dem Austunfts-bureau der Rathenower Gewerkschaft, wo ihnen ein Schreiben an den zuständigen Amtsvorsteher mitgegeben wurde, das den Leuten zu ihrem Recht verhelfen sollte. Die Folge davon war die Mahregelung der beiden „Aufheber“, dann der Solidaritätsstreik und schließlich die Festnahme der ganzen Arbeiter-schar und ihr zwangsweiser Transport ins Gefängnis und die Ausweisung. So wird in Ruffisch-Preußen der Kontraktbruch — der Gutsherren geflüht.

Die Speditionsarbeiter in Nürnberg legten Sonnabend früh — sofort nach dem Füttern der Pferde — die Arbeit nieder, weil die Vereinigung der Speditureure den vorgelegten Tarifvertrag nicht anerkennen will, obwohl die Arbeiter ihre Forderungen bedeutend reduziert haben. Die Eisenbahnspeditureure mit zusammen 200 Arbeitern haben bewilligt. Das scheint in Erinnerung an das Vorgehen des Verkehrsministeriums beim vorjährigen Speditionsarbeiterstreik in München geschehen zu sein, wo der Verkehrsminister im Landtage erklärte, wenn er gewußt hätte, daß die amtlichen Speditureure als Mitglieder des Unternehmersverbandes durch Androhung von Konventionalstrafe zur Ablehnung der Forderung gezwungen seien, so würde er den Vertrag mit ihnen gelöst haben.

Massenkündigung in der Glasindustrie. Die Unternehmerrunde der Glasblei- und Polierwerke Böhmens und Bayers hat beschlossen, in der Zeit vom 28. September bis zum 26. Oktober sämtliche Betriebe zu schließen bzw. ganz stillzulegen. Am 29. August ist bereits die Kündigung derjenigen Arbeiter erfolgt, die nach dem Vertrage vier Wochen Kündigungsfrist haben. Die Kündigung der anderen Arbeiter soll in 14 Tagen erfolgen. Allein in der Oberpfalz werden durch dieses Vorgehen gegen 2000 Arbeiter brotlos, die in etwa 200 Betrieben beschäftigt sind. — Die Unternehmer, die sich bereits vor 6 Monaten in aller Stille zu einem festen Verbände zusammengeschlossen haben, wollen einen Vorstoß gegen die Glasarbeiterbewegung unternehmen.

Die Budgetbewilligung. Der Sozialdemokratische Verein von Mannheim führte am Donnerstag die Debatte über die Budgetbewilligung zu Ende. Verschiedene Redner erklärten sich gegen die Budgetbewilligung, die besonders vom Landtagsabgeordneten Dr. Frank verteidigt wurde. Es lagen vier Resolutionen vor, von denen sich zwei für, zwei gegen die Budgetbewilligung aussprachen. Angenommen wurde die von Genossen Kemmele vorgelegte Resolution, die folgenden Wortlaut hat: „Die Monatsversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins Mannheim billigt die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zum Budget. Sie anerkennt, daß die von der Fraktion für ihre Zustimmung zum Budget angeführten Gründe zwingende Gründe“ im Sinne des Lübecker Parteitagbeschlusses gemeint sind, und daß die Bewilligung des Budgets notwendig war, wenn nicht die Interessen der Partei in Baden eine schwere Schädigung erleiden sollten. Die Versammlung protestiert deshalb auf das entschiedenste gegen die von einem Teil der norddeutschen Parteipresse erhobene schwere Verdächtigung, als hätte die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages den Beschluß des Lübecker Parteitages verlegt oder gar bewußt und absichtlich demselben zuwider gehandelt. Die Mannheimer Parteioffiziere sprechen die Erwartung aus, daß der Parteitag in Nürnberg, um eine erfolgreiche Tätigkeit unserer Parteigenossen im Landtag auch

fernerhin zu ermöglichen, Anträge, die auf eine Verschärfung der Lübecker Resolution hinauslaufen, unter allen Umständen abzulehnen.“ Die Annahme der Resolution erfolgte mit 103 gegen 105 Stimmen, also mit einer Mehrheit von nur drei Stimmen!

Die Generalversammlung der Wahlvereine von Groß-Berlin wurde am Sonntag fortgesetzt. Der Vorsitzende, Genosse Ernst, gab zuerst bekannt, daß die eingebrachten Resolutionen sämtlich zurückgezogen worden sind. Es wurde sodann in die Diskussion über die Frage der Budgetbewilligung eingetreten, und sprachen hierzu die Genossen Schulz, Bernstein, Adolf Hoffmann, Ledebour, Stroebel und Grunwald. Das Schlusswort hatte Genosse Mollenhauer. Alle Redner, mit Ausnahme des Genossen Bernstein, sprachen sich in scharfen Worten gegen die Budgetbewilligung aus. Eine vom Genossen Adolf Hoffmann eingebrachte Resolution — Nr. 79 der zum Parteitag gestellten Anträge — wurde später zurückgezogen. Gegen eine Stimme gelangte dann ein Antrag zur Annahme, der verlangt, daß die Beschlüsse der einzelnen Kreise von Groß-Berlin, die sich gegen die Budgetbewilligung wenden, zu unterstützen sind. Eine weitere Resolution, vom Genossen Blaf eingebracht, in der der Parteitag aufgefordert wird, gegen die Vergewaltigung der Polen durch das Reichsvereinsgesetz schärfsten Protest zu erheben, wurde auf Antrag des Genossen Bernstein ohne Debatte angenommen.

Versammlung der Bürgerschaft.

K. Lübeck, 7. September 1908. (Schluß.)

Die Versammlung geht sodann an die Beratung des Antrages von Johs. Evers: Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, die Behörden mit einer Prüfung der Frage zu beauftragen, ob und inwieweit auch den Bureauhilfsarbeiter eine Erhöhung einer Besoldung mit der Maßgabe zuzuwenden sei, daß dieselbe mit dem 1. April 1907 in Kraft trete, soweit sie nicht im laufenden Jahre eine Gehaltszulage erhalten hätten, oder soweit nicht aus anderen Gründen eine solche Zuwendung als unangemessen erscheint.

Evers begründete seinen Antrag eingehend. Die Preise der notwendigen Lebensmittel usw. seien bedeutend gestiegen; deshalb sei eine Gehaltszulage für die unteren und mittleren Beamten notwendig.

Senator Dr. Vermehren: Der Bürgerausschuß hat diesem Antrage seine Zustimmung nicht gegeben, deshalb könne wohl auch die Bürgerschaft nicht anders beschließen. Bei der Revision des Beamtenbesoldungsetats soll auch eine Gehaltshöhung für die Hilfsarbeiter durchgeführt werden. Der Antrag ist unterdessen hinfällig geworden.

Rein wendet sich gegen den Kommissionsbericht, der durchaus mangelhaft sei. Die Zulagen, die gewährt worden sind, waren notwendig. Bei den jetzigen unzulänglichen Besoldungsverhältnissen der Bureauhilfsarbeiter bekommen die Behörden nicht mehr die besten Kräfte, da es diese vorziehen, Lübeck zu verlassen. Jetzt erhalten neuangestellte Hilfsarbeiter mehr, als solche, die schon mehrere Jahre tätig sind.

Dr. Benda: Eine durchgreifende Neuregelung des Hilfsarbeiterwesens sei dringend notwendig. Der Antrag Evers ist heute jedoch als erledigt zu betrachten.

Beters: Man sollte sich freuen, wenn die Behörden weise Sparmaßregeln üben. Die wirtschaftliche Lage sei bedauerlich, daß jeder sich bescheiden müsse. Redner bittet um Ablehnung des Antrages Evers.

Stelling: Sparmaßregeln am unrechten Plage geübt, ist nicht gut zu heißen. Staatsbetriebe sollen bekanntlich Musterbetriebe sein. Die Hilfsarbeiter befinden sich in einer Lage, die dringend der Verbesserung bedarf. Wenn das die Behörde nicht anerkennt, so muß sie von der Bürgerschaft dazu gezwungen werden. Wir verlangen daher eine Bezahlung, die ausreicht zur Führung eines einigermaßen anständigen Lebens. Über die Entlohnung der Staatsarbeiter bringt Redner lebhaftest Klagen vor. Es werden hier noch Stundenlöhne von 32 Pfg. bezahlt. Das ist ebenfalls nicht zu wenig. Redner fragt sodann an, wie es denn stehe mit der wiederholt vorgebrachten Forderung seiner Freunde um Ausarbeitung einer Übersicht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Staatsarbeiter.

Auf die Anfrage des Redners wird vom Senatstische keine Antwort gegeben.

Schulm erich wendet sich gegen den Senatskommissar. Die notwendigen Aufbesserungen der Hilfslehrer müssen ebenfalls etwas beschleunigt werden. Den Hilfslehrern ist noch nichts zuteil geworden. Redner wünschte, daß hier im Interesse der Lehrer als auch der Schulen recht bald etwas geschehen möge.

Freunde, so kam es ihm doch jetzt gerade sehr passend, einen Fremden um sich zu haben, in dessen Gegenwart seine Frau den unangenehmen und, wie er glaubte, einmal abgemachten Gegenstand nicht mehr berühren durfte. Waren denn ein paar Tage darüber hingegangen und hatte sie sich alles genau überlegt, so räumten sich die Schwierigkeiten von selber weg.

„Apropos, wie lange ist es her, daß Sie Deutschland verlassen haben?“ fragte er plötzlich und eben im Begriff, vom Stuhl aufzustehen.

„Nur wenige Jahre erst.“
„Desio besser. Ich habe überdies lange niemanden gehabt, mit dem man einmal ein vernünftiges Wort reden könnte, dann sollen Sie mir viel von Deutschland erzählen. Machen Sie es sich nur bequem, und nachher —“

„Aber lieb war es mir,“ unterbrach ihn Mac Donald, „wenn ich mich vorher doch nach den Schiffen erkundigen könnte, daß ich, wenn die Sachen eintreffen, die Abfahrtszeit nicht veräume. Ich möchte mir auch eine Schiffsreedersadresse aufschreiben, der ich sie anweisen kann.“

„Ja so, wegen Ihrer Vogelselle,“ meinte Nichte. „Nun gut, da will ich Ihnen etwas sagen. Da gehen Sie lieber jetzt gleich zu Doktor Spiegel hinunter und machen mit dem ab, was Sie abzumachen haben. Es ist ein freundlicher, geselliger Mann, wenn er auch sonst ein bißchen verrückte Ideen im Kopf hat. Mein Mädel soll Ihnen in dessen Ihr Stübchen zurück machen, und — aber Gott's Will!“ unterbrach er sich plötzlich, „wo steht denn die Dame eigentlich? Haben Sie Susanna nicht gesehen, Frau Hobburg?“

„Sie ging vorhin in den Garten,“ erwiderte nun die Frau.

„In den Garten? Ich will doch nicht —“ Er verließ rasch das Zimmer und ließ den Fremden mit der Frau allein.

„Der Name Hobburg,“ sagte da der Gast nach kurzem Schweigen, „weckt alte, liebe und schmerzliche Erinnerungen in mir. Aus welcher Gegend von Deutschland stammen Sie wohl, wenn ich fragen darf?“

„Ich?“ sagte die Frau, indem ihr Antlitz eine hohe Rote färbte, ohne jedoch von ihrer Arbeit aufzuhören, „aus Thüringen.“

„Dann hab' ich mich geirrt; die Gegend ist mir fremd. Hat der Name selb' mit auf. Es ist wunderbar, wie man-

mal ein einziges Wort, ein Klang, Szenen aus unserer Jugendzeit heraufbeschwört und alte, längst verträumte Bilder im Nu ihre ganze Farbenfrische, all' den alten Glanz und Schimmer in unseren Herzen wiederfinden. Wohl dem, den sie den späteren Lebensweg erleuchten können und nicht nur dazu dienen, ihre düsteren Schatten hinüber zu werfen.“

„Wohl dem!“ sagte die Frau mit leiser, kaum hörbarer Stimme.

Der Fremde hatte den Kopf in die Hand gestützt und sah still und träumend vor sich nieder, dann und wann aber doch das Auge fortgehend auf die Frau geheftet, bis Nichte wieder ins Zimmer trat und ihm nun den Weg beschrieb, den er nach der Wohnung des Doktor Spiegel einzuschlagen habe. Er trieb ihn dabei zum Aufbruch an, damit er wenigstens mit Dunkelwerden zurück sein könne, und ging dann selber wieder, sehr zufrieden mit sich und dem, was er getan, an seine Arbeit. War er doch fest überzeugt, recht gehandelt zu haben, als er dem unwillkommenen Gidam die Tür wies. Christian dagegen war der passende Mann für sein Mädelchen, und daß er jetzt auch noch einen Mitspieler gefunden für etwaige häusliche unangenehme Szenen, stimmte ihn noch ganz besonders froh.

Anders dachte Susanna über von Nichte, und wie sie sich bis jetzt der Autorität des oft sehr strengen Vaters unbedingt gefügt, hielt sie nun, wo er ihr ganzes Lebensglück eigenmächtig entscheiden wollte, die Zeit für gekommen, in der sie selbständig auftreten und handeln müsse. Den Plan dafür zu überlegen, bei dem sie die Mutter sicher auf ihrer Seite wußte, war sie nach der heftigen Szene mit ihrem Vater auf's äußerste gereizt in den Garten gegangen, und hatte sich dort kaum auf die Bank hinter der Olivenhecke geworfen, wo Oskar heute um ihre Hand angehalten, als sie Schritte neben sich hörte, und der Geliebte selber vor ihr stand.

„Im Gottes willen, was tun Sie noch hier?“ war ihr erster ängstlicher Ausruf, wenn Sie mein Vater in seiner jetzigen Stimmung sähe, sehten Sie sich dem äußersten aus. Sie kennen ihn nicht, er kann wütend werden wie ein Wilder.“

„Fürchte nichts für mich,“ bat der junge Mann, die taum noch Widerstrebende in seine Arme ziehend, „welche

Schrecken könnte er noch nach diesem letzten furchtbaren Schlage, mit dem er alle Hoffnungen zerstörte, für mich aufgelpart haben?“

„Sie können alles verderben!“ flehte Susanna, sich vor ihm beugend, „oh lassen Sie mich los, mir ist das Herz zerrissen, und ich weiß nicht, was ich tun, was ich denken soll.“

„Und willst Du Dich dem Gewaltspruch des grausamen Vaters fügen. Darf er Dich zu einer Heirat zwingen, gegen die Dein Herz sich sträubt?“

„Nein — nein — nein!“ rief Susanna in furchtbarer Aufregung und in Tränen ausbrechend, „ich hasse diesen Christian, hasse ihn wie die Sünde, und ehe ich sein Weib würde, sprang' ich in das Wasser, wo es am tiefsten ist.“

„Damit hat es keine Not, mein Herzchen,“ beruhigte sie von Nichte, der, durch die rauhe Behandlung des alten Mieschmieds gereizt, jetzt fest entschlossen war, ihm gerade zum Trotz die Tochter zu heiraten. „Unseren Gesetzen nach kann und darf er Dich nicht zwingen, und Deine letzte Hilfe bleib ich Dir. Warte noch kurze Zeit, in den nächsten Monaten, ja vielleicht Wochen, es kann in Tagen sein, werd' ich mich so gestellt sehen, daß ich Dir eine sorgenfreie, glückliche Zukunft bieten kann. Laßt es Dein Vater dann zum Äußersten kommen, mein Herz, dann darf er sich auch nicht beklagen, wenn er Dich — wenn er mich dazu treibt. Ich kann nicht ohne Dich leben, schon der Gedanke allein bringt mich zum Wahnsinn, und wir wollen nicht beide unser ganzes Lebensglück der Laune eines alten starrköpfigen Mannes opfern sehen.“

„Aber was können wir tun?“

„Ich entführe Dich!“ rief von Nichte entschlossen. „Einen Geistlichen, der uns traut, finden wir überall. Hat der Pfisters Wort dann erst einmal unsere Hände ineinander gelegt, so kann uns all' sein zorniges Wüten nicht trennen, und wenn er Dich glücklich sieht, wird er sich auch beruhigen.“

„Ich verginge vor Angst, wenn ich ihm so unter die Augen treten müßte,“ stöhnte Susanna, „es ist doch mein Vater.“

„Gandelt er aber väterlich an Dir?“ drängte von Nichte. „Doch es ist ja noch gar nicht so weit, noch gestattet sich viel leicht alles zum guten, und nur Zeit — Zeit müssen wir gewinnen.“

(Fortsetzung folgt.)

Senator Wermehren: Die Gehaltsaufbesserungen der Hilfslehrer und Lehrerinnen haben sich etwas verzögert. Die Schulbehörde glaubte in dieser Frage erst den neuen Schulrat hören zu müssen.

Ziele eruchte ebenfalls um Erhöhung der Gehälter der Hilfslehrer.

Schulm. erich wiederholt nochmals seine Bitte um Beschleunigung der Angelegenheit.

Klein: Herr Peters hat durch seine Ausführungen, die darin gipfelten, die Beamten mögen sich bescheiden, gezeigt, daß er sich in die Lage der unteren Beamten nicht hineinsetzen kann. Mit einem so niedrigen Gehalt wie 1400 Mk. lassen sich keine großen Sprünge machen. Lübeck ist mit der Fürsorge für die Beamten noch weit zurück.

Evers schlägt vor, einem neuen von ihm zu stellenden Antrage zuzustimmen, dahinschreitend, daß zugleich mit der Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes eine Aufbesserung der Bezüge der Hilfsarbeiter herbeigeführt werde.

Senator Fehling: Die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten hat dem Senate über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bereits berichtet. Sobald auch die Staatsbehörde berichtet haben wird, wird der Senat darüber entscheiden, welches Material der Bürgerschaft zur Verfügung gestellt werden soll.

Peters wendet sich persönlich gegen Klein, erregt dabei mit der Behauptung, daß die Hauptursachen der schlechten Lage der Hilfsarbeiter das frühe Heiratsalter sei, bei der Versammlung große Heiterkeit.

Schulm. erich nimmt die Hilfslehrer gegen die Angriffe Peters in Schutz. Das Heiratsalter sei bedeutend in die Höhe gegangen.

Der Antrag Evers in der vorliegenden Fassung wird abgelehnt und hierauf der neue Antrag dem Bürgerausschuß zur Prüfung überwiesen.

Auf Vorschlag des Wortführers werden die übrigen Anträge zurückgestellt.

Nunmehr gelangt zur Beratung der Antrag B. Pape auf Bewilligung von 5000 Mk. für die Abgebrannten in Donaueschingen.

Senator Dr. Fehling teilt mit, daß der Senat dem Bürgerausschuß bereits einen Antrag auf Überweisung einer Summe für die Abgebrannten in Donaueschingen überwiesen hat.

Der Antrag Peter Pape wird darauf einstimmig dem Bürgerausschuß überwiesen.

Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung: Montag, den 21. September, abends 6 Uhr.

In unserem gestrigen Bericht ist dem Berichterstatter ein Irrtum insoweit unterlaufen, als es eingangs der Ausführungen des Genossen Schwarz nicht heißen muß: „Mit dem Antrage könne er und seine Freunde nur einverstanden sein“, sondern: dem Antrag des Herrn Dr. Götz auf Kommissionsverweisung könne er nur zustimmen; im übrigen aber gehe ihm der Antrag Dr. Ziehl und Genossen nicht weit genug, weil in demselben die zweite Lesung beim Budget ausgeschlossen sei. Ferner: muß es nicht § 63, sondern Artikel 46, und nicht in bezug auf die große Verfassungsrevision „1872“, sondern 1874 heißen.

Aus dem Gerichtssaal.

Bestrafter Weinpantfcher. Die Strafkammer in Landau verurteilte den Winger Bühler aus Ilbesheim wegen Weinfälschung zu 14 Tagen Gefängnis. 6200 Liter Wein wurden eingezogen.

Genossenschaftsbewegung.

Eine Bundesratsentscheidung betreffend die Prämienverlosungen der Rabattsparevereine in Aussicht. Die Düsseldorf-Mittelstandsvereinigung gibt bekannt, daß die von ihrer Rabattabteilung geplante Gratiusverteilung von Geldprämien noch nicht vorgenommen werden konnte, weil die Behörden schon seit langer Zeit mit einer Prüfung der Zulässigkeit dieser Veranstaltungen beschäftigt sind. Die Verzögerung wird damit begründet, daß der Bundesrat eine für das ganze Reichsgebiet gültige Entscheidung treffen will. Der Vater dieser Prämienverlosungen ist bekanntlich der Konsumvereinsverrichter Professor Suchsland-Galle, nach dessen Meinung diese Lotterien im Wettbewerb mit den Konsumvereinen den „höchsten Effekt“ erzielen sollen. Wir halten diese Lotterien im Dienste der Rabattsparevereine für durchaus unmoralisch und unstatthaft.

Glossen zum geplanten sächsischen Warenumsatzsteuergesetz macht die „Frankfurter Zeitung“ vom 28. August, indem sie ausführt: „Es gibt ganz niederrichtige Gesetze, die trotz allen Schweißes ihrer Urheber „um die Erde wirken“, indem sie jene treffen, deren Schutz sie vorhaben; wenn über solche Gesetze jemand lächelt, dann ist es in der Regel der, gegen den sie ihre Schneide richten sollen. Zu dieser Art Gesetzgebung gehört die Besteuerung der Warenhäuser, mit der sich diese Geschäfte ziemlich schnell abgefunden haben, da sie die neue Belastung ganz einfach auf ihre Lieferanten abwälzten. Diese Lieferanten gehören aber zum guten Teil dem produzierenden Mittelstand an, sodaß also die Warenhaussteuer den Mittelstand schlägt, dem sie wohl tun will. Dieser Sachverhalt steht fest, und die Frage ist nun: wie kann man Abhilfe gegen diese Wirkung um die Erde herum schaffen, wie kann man den Mittelstand gegen diese Abwälzung der Warenhaussteuer schützen? Ei, durch Beseitigung der Steuer — so würde vielleicht ein Unbefangener raten. Fehlgeschossen! Darin läge ja das Anerkenntnis, daß die Warenhaussteuer eine ungeschickte Maßregel war, und das dürfen die sogenannten Mittelstandspolitiker nicht zugeben, zumal man ja noch immer die Verschärfung dieser Steuer und ihre Ausdehnung auf Zweiggelände usw. verlangt. Auf eine famose Idee ist nun die Zweite sächsische Ständekammer gekommen, die am 6. Mai in einer Resolution Warenhaussteuer mit Ausdehnung auf Filialen verlangt. Da sie aber die erwähnten schiefen Wirkungen der Steuer nicht leugnen konnte, faßte sie entschlossen einen imposanten Beschluß: die Regierung wird aufgefordert, in das Gesetz das Verbot des Abwälzens aufzunehmen. Niemand darf in Sachsen die Warenhaussteuer abwälzen — und damit basta! Man ersieht hieraus wieder, um wieviel „beller“ die klugen Sachsen als die Preußen sind. Das Beispiel fordert natürlich zur Nachahmung heraus. Wie einfach ist es, wenn man Diebstahl, Mord und Feuersbrunst gesetzlich verbietet. Auch hier macht man die Erfahrung, die Kolumbus zu seinem Eierexperiment verhalf: auf die einfachsten Dinge kommt der Mensch am schwersten! Und während sich die Nationalökonomien noch den mit Wissenschaft vollgepöppelten Kopf über das Abwälzungsproblem zerbrechen, beseitigen die praktischen Sachkenner das ganze Problem mit einem Federstrich — sie verbieten die Abwälzung! Leider hat aber die Geschichte ein „aber“. Denn die sächsische Regierung stand nicht auf der leuchtenden Höhe ihrer Ständekammer, sie tat so, als wisse sie nicht, wie man das Verbot des Abwälzens durchführen könne. Aber ihr kam

schließlich eine Erleuchtung, und sie wandte sich an die Handelskammern ihres Landes, damit sie in der Schwierigen Frage Rat und Beistand leisten. Und die Handelskammern, die ihren Geist und ihre Erfahrung den Regierungen immer bereitwillig zur Verfügung stellen, begannen tiefstimmig über das ganz neue und folgenschwere Problem nachzudenken. Die Leipziger ist nun als erste fertig mit ihrem Gutachten über die Frage, wie man dem nichtswürdigen Abwälzen der Warenhaussteuer einen wirksamen Kiegel vorschieben könne. Aber ach! sie hat das in sie gesetzte Vertrauen nicht zu rechtfertigen gewußt, denn sie erörtert zwar in ihrem Berichte ausführliche die Frage der Abwälzung, sie bestätigt, daß eine solche auch jetzt noch stattfindet, und setzt auseinander, daß und weshalb die industriellen Verbände, die gegen sie Stellung genommen haben, Erfolge in dieser Richtung nicht erzielt haben, sie stellt weiter die Nachteile der Abwälzung für den Fabrikanten, die Wohngehalt der Arbeiterschaft und die übrigen Abnehmer dar. Die ministerielle Frage nach einem Mittel zur Verhinderung solcher Abwälzung beantwortet sie sodann aber kurz dahin, daß auch von ihr ein diesen Zweck erfüllendes Mittel — nicht angegeben werden könne. So steht jetzt die interessante Angelegenheit. Die Zweite Kammer hat zwar das Mittel gefunden in dem Verbot des Abwälzens, die Regierung kennt aber noch kein Mittel, um dieses Mittel der Zweiten Kammer wirksam zu machen, und ihre Sachverständigen verlangen. Ja ja, es wäre manches höchst einfach — wenn es nicht so kompliziert wäre!

Der Einfluß des Wetters.

Von Professor Dr. Karl Raßner.*

Daß das Wetter einen Einfluß auf den Menschen hat, zeigt sich schon darin, daß es eine ganze Reihe von Krankheiten gibt, die mit dem Wetter in ursächlichem Zusammenhang stehen, vor allem die große Gruppe der Erkältungskrankheiten und des Rheumatismus sowie des Stillschlags. Alle drei stehen in Beziehung zur Temperatur, zur Luftfeuchtigkeit und zum Winde, denn je höher die Temperatur und die Windgeschwindigkeit und je kleiner die Feuchtigkeit, um so größer im allgemeinen die Verdunstung und um so leichter Erkältung und Rheumatismus. Hohe Temperatur und Feuchtigkeit bei geringer Windgeschwindigkeit sind dem Stillschlag günstig; sie erzeugen Schwüle und gestatten keine kühlende Verdunstung. Allerdings darf letztere auch keinen zu hohen Betrag erreichen, weil sie dann wieder schädlich wird; deswegen und nicht bloß des Staubes wegen müssen sich die Automobilfahrer, an denen die Luft rasch vorüberstreicht, dicht einhüllen.

Zu den Wetterkrankheiten gehört auch die Influenza, deren Verbreitung durch den Wind nicht unwahrscheinlich ist; in viel höherem Maße ist sie aber vom Sonnenschein abhängig; ein sonniger Wintermonat tötet offenbar die Ansteckungskeime, während einer Periode trüber Tage sofort viele Erkrankungen an Influenza folgen. Trübes Wetter wirkt auch stark auf die Gemütsstimmung ein und kann psychisch sensible Naturen ganz unendlich machen, wogegen Sonnenschein sie in fröhliche Gesellschafter verwandelt. Bei dem Londoner Nebel tritt zu dieser Wirkung noch der Reiz der Atmungsorgane durch Rauch- und Staubteilchen. Während der großen Nebel von 1880 stieg die Sterblichkeitsziffer in London von 27,1 (auf 1000 Einwohner) in der Woche vom 17. bis 24. Januar auf 48,1 in der Woche vom 1. bis 7. Februar, das heißt derjenigen des dicksten Nebels, während sie gleichzeitig in 19 Provinzstädten 26,3 betrug. In den 3 Wochen vom 24. Januar bis 14. Februar starben in London 3000 Menschen mehr als sonst; in der ersten Februarwoche kamen allein an Keuchhusten 248 und an Bronchitis 1223 Menschen um.

Interessante Resultate erhielten 1907 Lehmann und Pedersen in Kopenhagen über den Einfluß der meteorologischen Faktoren auf die Arbeitsfähigkeit. Im Januar beginnt die Muskelkraft trotz der niedrigen Temperatur mit der Stärke der chemisch wirksamen Strahlen des Sonnenlichts zu steigen, bis die hohe Temperatur der Sommermonate einen Stillstand verursacht. Mit dem Temperaturstinken im September fängt das Steigen der Muskelkraft wieder an; anfangs November tritt dann wegen der geringen Lichtstärke und Temperatur Stillstand oder Abnahme ein. Für Christiania fanden die beiden Forscher, daß die Sterblichkeit bei Scharlach um so größer ist, je milder die vorangehenden Winter waren.

Im Sommer sind Entzündungen aller Art, auch fiebrige Krankheiten und Darmleiden schwerer zu heilen und darum langwieriger als im Winter. Ebenso ist Schlaflosigkeit im Sommer schwerer zu ertragen als im Winter, da Hitze auch bei gesunden Menschen den Schlaf unruhiger und weniger erquickend macht als Kälte, die selbst etwas einschläferndes hat; man denke nur an die vielen auf Landstrecken Erfrorenen, die, von Müdigkeit überwältigt, sich an den Weg setzten und nicht wieder erwachten. Bei vielen Krankheiten kann man ein regelmäßiges Zu- und Abnehmen mit dem Wechsel der Jahreszeiten wahrnehmen; auch hat sie gezeigt, daß im allgemeinen die Sterblichkeit am größten bei Kindern im Sommer und bei alten Leuten im Winter ist; bei ersteren wirken namentlich akute Darmkrankheiten, durch Obstessen, unvorsichtiges Trinken usw., bei letzteren Erkältungen tödlich. Dazu kommt aber noch die Wohnungshygiene als wichtiger Faktor. Ärmere Leute, die ohnehin schon im Wohnraum beschränkt sind, haben oft eine wahre Furcht vor frischer Luft in den Zimmern, und deshalb entwickelt sich dort durch die Ausatmungen und Ausdünstungen der dicht beieinander haufenden Menschen und durch die oft feuchten Wände die berüchtigte modrige „Armeuteiluft“. Dazu sind viele Erwachsene durch ihren Beruf (Schneider, Schuster, Wäscherinnen usw.), der die Luft noch verschlechtert, zu unangenehmem Aufenthalt darin gezwungen.

Gerade die frische, staubfreie Luft ist es ja, die alljährlich Hunderttausende aufs Land und in die Gebirge und an die See treibt. Freilich wird mit den klimatischen Kurorten und ihrer „ozonreichen“ Luft viel Schwindel getrieben. Die hygienische Bedeutung des Ozons wird heute noch vielfach überschätzt; reines Ozon ist sogar gesundheitschädlich. Wie wenig man oft den Angaben der Kurverwaltungen über das Klima ihres Ortes trauen darf, geht schon daraus hervor, daß viele Kurorte keine amtliche meteorologische Station haben wollen, weil diese durch sachverständige Beobachtungszahlen ihrem Orte den Nimbus besonderer klimatischer Begünstigungen nehmen würde. In einem weltberühmten Kurort mit heilamen Quellen hat der Kurverein sogar trotz Bestehens einer amtlichen Station noch eine private so errichtet, daß sich aus deren Thermometerangaben eine höhere, das heißt für den Ort günstigere Temperatur ergibt! In Neu-Schwefels in der Tatra hingen die Thermometer in einem Holzkasten an der Südseite eines Hauses und lieferten da natürlich Angaben, nach denen der Ort nicht 1000 Meter hoch

* Aus dessen höchst belehrender Monographie „Das Wetter“ in der bekannten Sammlung „Wissenschaft und Bildung“. 148 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Im Originalheftband 1 Mark 25 Pfennig. (Verlag von Quelle und Meyer.)

im Gebirge, sondern unten in der sonnigen ungarischen Ebene zu liegen schienen.

In vielen solchen Fällen handelt es sich meist nur um so geringe klimatische Unterschiede gegen den Wohnort der Besucher, daß sie kaum heilwiegend sind. Wohl aber kommt bei großen Entfernungen oder großen Erhebungen (Hochgebirge) das jeweilige Klima sehr in Betracht, wie sich das schon an den Einwohnern selbst zeigt. Südeuropäer sind viel lebhafter, aber auch viel äußerlicher als die schwerfälligeren und innerlicheren Nordeuropäer; so spielt sich auch das ganze Leben der Südländer mehr im Freien, das der Nordländer mehr im Hause ab.

Das Tropenklima wirkt auf die Dauer erschlassend und macht unlustig zur Arbeit; Malaria, Cholera, Pest, Dysenterie und Anämie sind seine todbringenden Genossen, und Kinderlosigkeit oder doch große Kindersterblichkeit hindert die stärkere Zunahme der Europäer. Die Wohnungen müssen Schutz gegen die Hitze und gegen die enormen Regengüsse gewähren; aber gegen die Schwüle gibt's kaum ein Mittel: bald wird der Europäer so empfindlich gegen ganz geringe Schwankungen der so sehr gleichmäßigen Temperatur, daß schon eine Abkühlung um 2 bis 3 Grad ihm Frösteln verursacht. Alle Verkehrsmittel, namentlich Eisenbahnen und Dampfschiffe, müssen für die Tropen besonders gebaut sein, um Beamten und Passagieren den Aufenthalt einigermaßen erträglich zu machen. Die Arbeiterverhältnisse sind dort wesentlich anders; brauchbar ist nur der Neger, und auch ihm muß beschränkte Arbeitszeit bewilligt werden.

Kälte (wie die Wärme) wirkt zunächst allerdings anregend und steigert die Tätigkeit; hält sie dagegen lange an, so verlangsamt sie alle organische Tätigkeit. Ein strenger, anhaltender Winter erzieht gewissermaßen zur Faulheit; das steht man nicht bloß am Winterschlaf der Tiere, sondern auch im Leben der Eskimos und anderer nordischen Völker; ebenso bildet diese einschläfernde Wirkung eines langen Winters eine große Gefahr für den Gemütszustand der Mannschaft bei Polarexpeditionen.

Am besten ist das Klima der gemäßigten Zone. Denn gerade der Wechsel sommerlicher Wärme und winterlicher Kälte ist dem Menschen sehr zuträglich, nicht aber der Aufenthalt im Süden während des Winters und im hohen Norden während des Sommers, das heißt dauernde Vermeidung von Frost und Hitze. In den Zeiten des Altertums, wo die Kultur noch einfach war und das Leben langsam dahinflaß, da lagen die Zentren der Kultur in den südlichen Subtropen, in China, Indien, Ägypten; aber je komplizierter sie wurde, suchte und fand sie ihre Pflegestätten mehr und mehr in der gemäßigten Zone: Athen, Rom, Konstantinopel; Paris, London, Berlin.

Auch das öffentliche Leben wird vom Wetter und Klima stark beeinflusst. Man vergleiche nur die Bewegung in den Straßen bei schönem und schlechtem Wetter. Ja selbst die Breite und Richtung der Straßen hängen davon ab: im Norden breite Straßen und polizeiliche Begrenzung der Haushöfe, damit jeder möglichst viel Licht und Sonnenschein erhält, im Süden ganz enge Straßen mit sehr hohen Häusern, um Kühlung und Schatten zu haben. Gerade Straßen sind windiger als krumme; deshalb bekämpfte schon Vitruvius Pollio (um 18 vor Christus) das Rechteckschema der Straßen Alexandriens und empfahl, die Straßen in der Halbkreislinie zwischen zwei örtlichen Windrichtungen anzulegen. Straßen, die sich nach der Hauptwindrichtung hin erweitern, sind böse Zuglöcher.

Je heißer und je kälter es im Laufe des Jahres wird, um so mehr Menschen gehen in die Museen, wo es im Sommer hübsch kühl und im Winter warm ist. Paraden, Festaufzüge und ähnliche Veranstaltungen, auch Ausstellungen, Pferdereisen usw. laufen bei schönem Wetter die Menschen in unzähligen Scharen an, während bei schlechtem Wetter leicht Ordnung zu halten ist. Manche Unbotmäßigkeiten und selbst manche revolutionäre Bewegung ist durch einen kräftigen Regenschauer schon im Keime erstickt worden oder doch viel harmloser verlaufen als andre bei heißem Wetter.

Von ganz besonderer Wirkung war aber wiederholt der Eingriff des Wetters in den Gang der Weltgeschichte. Strömender Regen und Hochwasser halfen Blücher die Franzosen an der Raabach schlagen. Den Russen ward der grimmige Winter 1812 zum Verhängnis, während er ihnen 1877/78 am Schipapaß nicht half, sondern Hunderte im weichen Schnee für immer bettete. Frost hat auch eine feltame Kriegstat ermöglicht: die Eroberung der holländischen Flotte 1795 durch französische Reiter, die den im Eise vor der Küste liegenden Schiffen zu Pferde nähern konnten. Wie viele Seekriege haben schon durch Stürme eine unerwartete Wendung genommen; man denke nur an den Untergang der Flotte des Darius am Athosberge, an den der spanischen Armada, an das verzögerte Auslaufen der französischen Flotte 1805 gegen England und an die Schäden der Flotte vor Sebastopol. Letzteres Ereignis war allerdings insofern segensvoll, als es den Anstoß zur modernen Wettervorhersage gab. Solche Beispiele vom Einfluß des Wetters auf die Geschichte lassen sich fast aus jedem Kriege anführen, so besonders aus dem Kriege 1870/71 und ganz neuerdings noch aus den Kämpfen in Deutsch-Südwestafrika.

Aus Nah und Fern.

Ein Riesentwurf der Vollendung nahe. An der im Bau begriffenen 1060 Meter langen Eisenbahn- und Straßenbahnbrücke bei Danzig über die Weichsel wurde in dem letzten der zehn eisernen Überbauten — einem Überbau von 132 Meter Stützweite — das Schlusstück eingelegt. Damit ist das gewaltige Bauwerk seiner Vollendung nahe gekommen.

In der Drofsche darf man nicht schlafen. Über „weltfremde Justiz“ klagt nun auch die doch über den Verdacht unbegründeten Mordgelts gewiß erhabene „Deutsche Juristenzeitung“. Sie teilt in ihrer jüngsten Nummer ein Erkenntnis des Landgerichts I in Berlin mit, das es für eine „im Verkehr erforderliche Sorgfalt“ erklärt, nicht einzuschlafen, wenn man nachts eine Automobildrofsche zu seiner Weiterbeförderung in Anspruch nehme. Nach § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuches kann nämlich der Verletzte, der auf Schadenersatz gegen den Verlezer klagt, mit seiner Klage ganz oder teilweise abgewiesen werden, wenn die Umstände des Falles eine solche Abweisung angemessen erscheinen lassen, insbesondere wenn der Verletzte an dem Unfall mitschuldlich ist. Im vorliegenden Falle war der Chauffeur nachts über eine fast unbeleuchtete und noch nicht verkehrsfreie Straße in schnellem Tempo gefahren und mit dem Wagen gegen eine Holzschranke gerannt. Infolge des plötzlichen Haltens war der schlafende Fahrgast mit dem Kopfe durch die Fenster-scheibe gefahren und hatte sich erhebliche Verletzungen zugezogen. Wegen dieses „verschuldeten Schlafens“, das ihn daran hindert habe, sich an den Handgriffen festzuhalten, habe er nur einen Anspruch auf Ersatz von drei Vierteln des entstandenen Schadens. — Das Urteil läßt sich leicht ad absurdum führen durch den Hinweis auf die Folgerungen, wie sie der Einsender der Zukrist auf die „Dtsch. Juristenztg.“, der Direktor der bayerischen Versicherungsanstalt

